

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wg. Neulagen 30 Wg. Offertengeld und Anzeigenverteilung 30 Wg. — Beilagen pro Tausend 20 Wg. — Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs ist jeder Rabatt hinfällig. — Platzverdrängungen unberücksichtigt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — Fernsprecher 2108

Bezugspreis. Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.60 Wg. im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rechtfertigen keine Erstattungen.

Nr. 256

Dienstag, 4. November 1930

33. Jahrgang.

Die „revolutionären Nationalsozialisten“

Dieser Tage hat in Berlin der erste Reichstagskongress der Kampfgemeinschaft „revolutionäre Nationalsozialisten“ stattgefunden, den Otto Strasser, der Bruder des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Strasser leitete. Wie diese „revolutionären Nationalsozialisten“, die eine sozialistische Revolution anstreben, die politische Lage sehen, ergab sich aus dem Referat von Eugen Wollastowsky. Er begründete zunächst die Trennung der „revolutionären Nationalsozialisten“ von der Hitlergruppe, die ja nur „legal“ sein wolle. Zentrum und Sozialdemokraten befänden sich in zunehmender Faschisierung. Das Zentrum habe die jetzt erfolgte Schwächung zum Faschismus schon zehn Jahre vorher als historische Notwendigkeit erkannt und darauf hingearbeitet. Der Weltkrieg sei der Zusammenstoß der weltlichen Idee Roms mit Preußen-Deutschland. Die Preußenkoalition sei ein Sieg des Auslandes über Preußen-Deutschland.

Der Referent führte weiter aus, daß eine Entwicklung zum Faschismus für Deutschland die „Verewigung der Tributverfassung“ bedeute. Auch die Millionen der Hitlerpartei würden reif für einen Abmarsch in dieses System. Bei einer solchen Faschisierung würde Deutschland ein Spielball Italiens und damit Roms. Denn nach dem Vertrag zwischen Mussolini und dem Vatikan sei auch Mussolini weiter nichts als der Landstreich des Vatikans.

Zur Außenpolitik vertreten die „revolutionären Nationalsozialisten“ den Standpunkt, daß bei Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und dem Osten der Platz Deutschlands nicht an der Seite des Westens, zu dem auch Italien gehöre, sondern an der Seite Russlands sei. Wo die „revolutionären Nationalsozialisten“ jetzt stünden, da stehe Preußen, aber nicht das Preußen Brauns oder Hugenbergs, sondern das Preußen, das sich seiner antikapitalistischen und seiner antijewischen Weisheit klar ist.

Charakteristisch ist ferner noch die Kennzeichnung des Verhältnisses der „revolutionären Nationalsozialisten“ zur Kommunistischen Partei. Darüber wird folgendes gesagt:

„Jeder wirklich revolutionäre Akt der Kommunistischen Partei muß von uns unterstützt werden.“

Ueber die Stellung zur Kirche wird gesagt: „Solange alle kirchlichen Institutionen innerpolitisch auf Seiten der Ausbeuter ständen, sind sie von uns abzulehnen. Für uns gilt die Grabsteine Lösung, daß bald der Tag kommen möge, wo wir die Kirchenglocken herunterholen und Kanonen daraus gießen! Wir wollen das Chaos, weil wir uns stark genug fühlen, es zu bändigen.“

Und diese Einstellung, dieses Ziel und diese Taktik der „revolutionären Nationalsozialisten“ gesehen unter dem Motto: „Um der Freiheit Deutschlands willen ist alles, aber auch alles erlaubt.“

Was kostet der neue Reichstag?

Der neue Reichstag hat zwar die Kürzung der Diäten um 20 Prozent mit Wirkung vom 1. November ab beschlossen, aber im Effekt tritt eine Ersparnis für das Reich durch diesen Wegfall an Diäten kaum ein, denn: dadurch, daß die Zahl der Abgeordneten um 35 sich erhöht hat, werden ja die Gehälter an sich schon wesentlich höher. Die Aufwandsentschädigungen, die man im Sprachgebrauch des Haushalts die Diäten nennt, belaufen sich für das Jahr 1931 auf 4 088 200 Wg. gegenüber 4 355 000 Wg. im Vorjahre. Die Abgeordneten erhalten monatlich jetzt 600 gegenüber früher 750 Mark Diäten; die Aufwandsgehälter des Reichstagspräsidenten sind ebenfalls wesentlich herabgesetzt und zwar auf 28 800 Mark, und für die Ausschüsse liegt noch ein Betrag von 100 000 Mark zur Verfügung. Auch davon werden noch die Beträge auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgezogen. Die Kosten für die Freifahrt der Abgeordneten haben wegen der Erhöhung der Zahl der Abgeordneten einen starken Zuwachs und zwar um rund 220 000 Mark erfahren und stellen sich jetzt auf 1,5 Millionen Mark.

Seit Jahren schon ist der Reichstag auf der Suche nach Möglichkeiten zur Beschaffung neuer Bibliotheks- und Arbeitsräume. Die Verhältnisse sind in der Tat, zumal nach der so starken Erhöhung der Abgeordnetenziffer, unhaltbar. Die räumlichen Verhältnisse für die Bibliothek bedürfen dringender Veränderung, und die jetzt bekanntgewordene Tatsache vom Diebstahl der Verfassungsurkunde des Frankfurter Parlaments und anderer wichtiger Dokumente, deren Sammlerwert mehrere hunderttausend Mark ausmacht, beleuchtet ja die unangenehmsten Zustände in außerordentlich drastischer Form.

Der Reichshaushaltsplan für 1931

Mit. Berlin, 3. Nov. Der Reichshaushaltsplan für 1931 wird morgen dem Reichsrat offiziell vorgelegt. Er schließt, wie bekannt, im ordentlichen Haushalt mit rund 10,4 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben ab, wozu noch der außerordentliche Haushalt in Höhe von 237 773 000 Mark tritt. Die Anleihermächtigung zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben aus früheren Rechnungsjahren beträgt 648 Millionen, wozu für 1931 weitere 71 Millionen treten. Ferner wird der Finanzminister ermächtigt, zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1930 im Wege des Kredits die Summe von 375 Millionen Mark zur Abdeckung des Fehlbetrages zu beschaffen. Weitere 150 Millionen Mark sollen im Wege des Kredits solange und so weit beschafft werden, als die durch die Veräußerung der Vorzugsaktien der Reichsbahn flüssig zu machenden Deckungsmittel noch nicht oder nicht im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Im Haushaltsgezet ist auch vorgegeben, daß, wie bekannt, im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwands in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden die Ueberweisungen an die Länder um 100 Millionen Mark gekürzt werden. Garantien zur Förderung des deutschen Außenhandels sind bis zu 350 Mill. Mark vorgegeben. Die für den 1. April geplante festsprozentige Kürzung der Beamtengehälter ist im Entwurf des Haushaltsplanes bereits berücksichtigt, jedoch in allen Haushaltsplänen die Ansätze für den Personalaufwand verringert worden sind.

Der Reichspräsident hat bekanntlich ebenso wie die Reichsminister auf 20 Prozent seines Gehaltes verzichtet. Sein Gehalt erscheint daher im Haushalt nur mit 48 000 Mark, wozu 120 000 Mark Aufwandsgehälter treten. Im Haushalt des Reichstages ist infolge der Vermehrung der Abgeordnetenzahl die Entschädigung an die Abgeordneten für die freie Fahrt der Abgeordneten um 222 000 Mark auf rund 1,5 Mill. erhöht worden. Dagegen haben die Aufwandsentschädigungen trotz des Zuwachses an Abgeordneten eine Verringerung um rund 300 000 Mark infolge der Diätenkürzung erfahren. Die Herausgabe der Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses erfordert nochmals 165 000 Mark.

Im Haushalt des Reichszentralers ist die Verringerung des Reiches in München bereits für 1931 weggefallen. Im Haushalt des Auswärtigen Amtes betragen die fortdauernden Ausgaben rund 56 Mill. Mark gegenüber 60 Mill. im Jahre 1930. So wurden u. a. herabgesetzt die Mittel für die Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland und im Inland, die Mittel für die Pflege kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland, zur Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland, der Beitrag für die deutsche Völkerbundliga und andere Kosten. Bei den einmaligen Ausgaben werden nur Mittel für die Fortsetzung begonnener Bauten in Wien und Addis Abeba bewilligt. Auch im Haushalt des Reichsinnenministeriums haben sich fast alle Ansätze eine Kürzung gefallen lassen müssen, so die Mittel für die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke.

Zur Förderung der Theaterkultur und der künstlerischen Handwerkskultur, für die deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung für die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, die Mittel für Erziehungszwecke, zur Förderung des Turn- und Sportwesens, zur Förderung der Volks- und Jugendwohlfahrt, für die Bekämpfung des Alkoholismus, für die Technische Hochschule u. a. neu eingestellt sind die Beihilfen für das Rote Kreuz 250 000 Mark zur Erfüllung der ihm auf Grund der Genfer Konvention obliegenden Aufgaben, die sachlichen Verwaltungsausgaben sind um 100 000 Mark gekürzt worden. Auch bei den einmaligen Ausgaben sind Senkungen erfolgt, so bei den studentischen Beihilfen, bei den Mitteln für die Unterstützung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschtums, bei den Mitteln für die Unterstützung zur Erhaltung von Bauwerken und anderer Kosten. Neu angefordert werden, wie bereits gemeldet, 100 000 Mark für die Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten, die im Jahre 1932 erfolgen muß. Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums weist gleichfalls eine Ersparnis von rund vier Mill. Mark auf. Besonders stark sind die Einsparungen beim statistischen Reichsamt. Bei den einmaligen Ausgaben sind infolge der Sparmaßnahmen die Mittel zur Förderung des Eisenbergbaues an Sieg, Lahn und Dill fortgefallen.

Im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erfordern die Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung mit rund 235 Millionen infolge der Zunahme der Renten gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 16 Millionen Mark. Dagegen wird der Beitrag des Reiches für Sicherungsbeträge der Invalidenversicherung um 7

Millionen herabgesetzt, da die Zahl der in Frage kommenden Renten allmählich geringer wird. Im Kapitel Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Mittel für die Arbeitsvermittlung mit Rücksicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes um 100 auf 400 Millionen erhöht worden. Die Mittel für den Postdienst der Reichsanstalt sowie der Reichszuschuß und die Darlehen an die Reichsanstalt sind in Wegfall gekommen, da der Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben auf Grund der neuen Finanzvorlage der Reichsregierung neu geregelt werden soll. Für die Kleinrentenfürsorge sind wie im Vorjahre 35 Millionen Mark vorgegeben. Kürzungen haben erfahren die Mittel zur Förderung der privaten Wohlfahrtspflege, für die Blindenfürsorge und andere soziale Aufgaben. Für Zwecke der Kinderpflege (bisher 1 Million Wg.) sind keine Mittel vorgegeben. Die Ueberweisungen an die knappschaftliche Pensionsversicherung aus dem Lohnsteuerabkommen sind infolge des Rückgangs der Lohnsteuer auf sechs Millionen Mark beschränkt worden. Für die Invalidenversicherung, die aus dem weiteren Aufkommen gleichfalls noch bis zu 50 Millionen bekommen sollte, bleibt daher gar nichts mehr; es mußte ein Verzicht eingelegt werden.

Im Haushalt des Reichswehrministeriums ist eine Ausgabenkürzung um insgesamt sieben Millionen vorgegeben, und zwar 4,5 Millionen für das Heer, 2,5 Mill. für die Marine. Die Ersparnisse werden zunächst nicht bei den einzelnen Titeln, sondern als Gesamtabzüge im Abschluß ersichtlich gemacht. Sie sollen erst am Schlusse des Rechnungsjahres 1931 festgelegt und in der Haushaltsrechnung auf die einzelnen Titel verteilt werden. Der 1930 begonnene Abbau der Heeresleitung wird fortgesetzt. Der Minderbedarf an fortdauernden Ausgaben bei der Marine beträgt rund 6,8 Millionen gegenüber dem Etat von 1930. Die Kosten für Schiffsbau- und Munition haben sich auf 1,4 Mill. Wg. erhöht. Insgesamt sind für Schiffsbauten und Armierungen gegenüber 1930 rund 9,2 Mill. mehr eingelegt. Gegenüber verschiedenen Einsparungen erhöhen sich die Ausgaben von Luftschulungen um eine Million Mark. Insgesamt sind die einmaligen Ausgaben gegenüber 1930 um 2,8 Millionen Mark höher angelegt. Die Gesamtausgaben für den Haushalt des Reichswehrministeriums liegen gegenüber 1930 höher, und zwar um 700 000 Mark, da beim Reichspatentamt infolge des gesteigerten Geschäftsganges eine Erhöhung um 924 000 Mark eingetreten ist.

Im Haushalt des Reichsfinanzministeriums sind die Beihilfen zur Förderung der baulichen Wirtschaftsberatung um 500 000 Mark auf 1,9 Mill. Mark erhöht worden. Im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums fällt der Reichswasserfischerei vom 1. April an fort, da ihn zu diesem Zeitpunkt die Ränge übernehmen. Für die Luftfahrt sind rund 39 Millionen Mark vorgegeben, wovon 19 Millionen zur Förderung des öffentlichen Luftverkehrs durch die Luftlinie bestimmt sind. Die Mittel zur Förderung des Kraftfahrzeugwesens sind von 650 000 auf 600 000 Mark herabgesetzt.

Einer der größten Haushalte ist der für Versorgung und Ruhegehalt mit einer Gesamtausgabe von 1,65 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahre sind Kürzungen von insgesamt 104 Millionen erfolgt, von denen allein 96 Millionen auf Einsparungen für Angehörige der ehemaligen Wehrmacht entfallen. Im ganzen hat der Haushalt eine Kürzung von 96 Millionen erfahren.

Im Haushalt des Reichsfinanzministeriums sind für Um- und Neubauten für Finanz- und Zollbehörden rund 2,5 Mill. Mark vorgegeben. Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung liegt noch nicht vor, da seine Aufstellung eng verbunden ist mit der Erledigung der von der Reichsregierung vorgelegten Gesetze.

Der Kriegslastenhaushalt fordert für die Unterstützung der Franzosen in der Saarzone fünf Millionen Mark an gegenüber 7,5 Millionen im Vorjahre. Auch die Mittel für die Osthilfe werden in diesem Haushalt angefordert; und zwar sind insgesamt etwa 90 Millionen Wg. vorgegeben.

Als restliche Befahrungs- und Räumungskosten sind 7,4 Millionen Mark in den Haushalt eingelegt gegenüber 48 Millionen im Vorjahre. Andererseits werden durch die Räumung des besetzten Gebietes bei den Befahrungszulagen und anderen Maßnahmen 1,4 Millionen gespart. Für die wirtschaftliche und kulturelle Hilfe der Westgebiete, für die im vorigen Jahre 20 Mill. Wg. ausgeworfen wurden, ist ein Verzicht in den Haushalt eingelegt, da noch nicht feststeht, ob und in welcher Höhe noch Entnahmen aus dem Erlös der Veräußerung reichseigenen Grundbesitzes erzielt werden.

Das Neueste in Kürze

Der neuernannte deutsche Botschafter von London, von Neurath, traf gestern in London ein. Er wurde auf dem Bahnhof von den Herren und Damen der deutschen Botschaft sowie Vertretern der deutschen Kolonie empfangen. Das englische Aushau war gleichfalls vertreten.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Staatsanwaltschaft im Bombenlegerprozeß Revision eingelegt. Von den Angeklagten hat bisher nur der zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte Bold durch seinen Verteidiger Revision einlegen lassen.

Vom Hochwassernachrichtendienst wird bekanntgegeben: Pegelstand Rier, Montag 8,40 Uhr 3,68 Meter (steigt ründlich 8 Zentimeter). Um 18,30 Uhr am Sonntagmittag betrug der Pegelstand 2,52 Meter.

Die Räteregierung beschloß die Anlage eines 250 Kilometer langen Kanals, der die finnische Bucht mit dem Ladoga- und dem Onega-See verbinden soll. Der Kanal soll den Namen Oskoe-Weißes Meer-Kanal erhalten und ist dazu bestimmt, den Verkehr nach Keningrad und den Häfen am Weißen Meer zu beleben.

Zahlreiche Inseln des philippinischen Archipels wurden von einem Taifun heimgesucht. Die Einwohner forderten dringend Hilfe an. Einzelheiten fehlen vorläufig noch. Die Zahl der Opfer ist anscheinend groß.

„Der Korridor nützt Polen nichts“

Gustav Herve feiert Artikel weiter.

Als Freund Polens rät er zur Rückgabe Westpreußens.

Paris, 3. Nov. Gustav Herve setzte seine aufsehenerregende Kampagne für die Revision des Friedensvertrages von Versailles in seiner „Victoire“ mutig fort. Gestern suchte er die Tschechoslowakei für den Anschluß Österreichs an Deutschland zu gewinnen. Heute sucht er seine Leser von der Notwendigkeit einer Rückgabe des polnischen Korridors an Deutschland zu überzeugen und schreibt: „Alle französischen Staatsmänner dachten im Grunde genommen so wie er, daß nämlich dieser Teil des Friedensvertrages von Versailles revidiert werden müsse. Wenn man in Deutschland nicht vor dem französischen Heere Angst hätte, dann würde man seit langem solche Dinge an der deutschen Ostgrenze erprobt haben. Er, Herve, sei ein Freund Polens, und er habe das Bewußtsein, Polen nicht zu verraten, sondern er diene Polen, wenn er sage, daß ein freundschaftliches Eingreifen Frankreichs in Warschau wegen Rückgabe des Korridors an Deutschland notwendig sei, wenn Deutschland, das in Litauen allmächtig sei, von den Litauern erzeuge, daß sie in den Schoß Polens zurückkehren.“

Auch der radikale Abgeordnete Pierre Cot behandelt heute in der „Republique“ die Frage der Veränderung der Verträge und tritt für eine Regelung der Korridordrage ein. Er behauptet, im Kriegsfall habe der Korridor nicht einmal Interesse für Polen. Er würde ohne Schwertstreich von Deutschland befreit werden. Wirtschaftlich dagegen könne er den Deutschen nur Vorteil bringen. Diese Frage sei, wenn man sie fallblütig prüfe, nicht unlösbar.

Die deutschen Arbeitgeber zur Arbeitslosenfrage

Mit. Berlin, 4. Nov. In einer Vorstandssitzung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die sich mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befaßte, wurde eine Reihe Beschlüsse angenommen. In einer Entschließung zur Arbeitszeitverkürzung heißt es, daß eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, welche die alleinige Vorbedingung für eine durchgreifende Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei, nicht erreicht werden könne, ohne allgemeine Senkung der Gestehungskosten; lediglich durch organische Gesundung der Wirtschaftsgesamtheit lasse sich eine durchgreifende Hilfe erzielen. Die Arbeitgeber lehnten die schematische oder allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Verringerung der Arbeitslosen ab; hierdurch würde nur eine Steigerung der Produktionskosten erzielt, ohne daß die Selbstkosten gesenkt würden. Auch wenden sich die Entschließungen gegen die Ausbeutung der Arbeitslosen, da das hierzu notwendige Kapital fehle. Im Grunde sei gleichfalls die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zu verwerfen.

Wohin soll das führen?

ctb. (Eigener Dienst). Die dauernden Uebergriffe polnischer Nationalisten den Deutschen in Polen gegenüber zeigen deutlich, wie gefährlich die Dinge liegen. In Polnisch-Oberschlesien spitzen sich die Verhältnisse immer mehr zu und die polnischen Behörden denken gar nicht daran, die Deutschen zu schützen. Täglich wird Deutschland von neuem provoziert, wie eben erst durch die polnischen Märsche dicht an der deutschen Grenze und durch das ständige Ueberfliegen deutscher Gebiete durch polnische Flugzeuge. Was bisher an deutschen Protesten erfolgt ist, war recht schwach, ist im übrigen aber auch völlig wirkungslos. Mit Protesten und Erklärungen ist da gar nichts mehr auszurichten.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß eine deutsch-polnische Verständigung so gut wie ausgeschlossen ist. Weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Gebiet ist eine Annäherung erfolgt. Sowohl Polen wie Deutschland leidet unter diesen Verhältnissen. Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist immer noch nicht ratifiziert und wahrscheinlich wird das auch in absehbarer Zeit nicht erfolgen. Es wäre unangebracht, wollte man Polen nachlassen. Dadurch ist beim besten Willen nichts zu erreichen. Die Polen arbeiten bewußt und zielführend auf die Schwächung des deutschen Ostens hin, der ja unter dem deutsch-polnischen Zollkrieg am meisten leidet. Den Ostprovinzen ginge es ganz bedeutend besser, wenn sie die Möglichkeit hätten, mit den angrenzenden polnischen Gebieten Handel und Verkehr zu pflegen. Je schärfer die deutsch-polnische Grenze abgesperrt ist, um so mehr verelendet der deutsche Osten.

Die polnischen Behörden fördern alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, eines Tages deutsche Gebiete zu besetzen, oder irgendwie von Deutschland abzutrennen. Immer wieder erklären hohe amtliche polnische Persönlichkeiten, daß das Ziel Polens die Gewinnung Ostpreußens und Schlesiens bis zur Oder sei. Der polnische Staat wird im Laufe der Zeit auch innerpolitisch gefestigt werden. Alle Versuche, ein parlamentarisches Regime in Polen zu führen, sind völlig gescheitert. Gelingt es Pilsudski, durch diktatorische Maßnahmen Ordnung zu schaffen, dann ist für Polen sicherlich schon viel erreicht, ganz gleich, ob nun die freie Willensbestimmung des Einzelnen völlig unterdrückt ist, und ob diese oder jene Partei von Staatswegen bekämpft wird. Ein parlamentarisches Regime ist nicht durchführbar, weil es in Polen an den politischen

und parlamentarischen Kräften fehlt, die der großen Schwierigkeiten Herr werden können, in denen sich der polnische Staat befindet. Es ist für die gesamte Verwaltung und für das Land überhaupt besser, es wird von einem Diktator scharf regiert, als daß ein mehr oder weniger korruptes Parlament überhaupt jede Regierungstätigkeit verhindert.

Natürlich unterdrückt jede diktatorische Regierung noch mehr die nationalen Minderheiten. Aber schließlich muß man auch berücksichtigen, daß sich die Warschauer Regierung unter keinen Umständen den Terror der ukrainischen Nationalisten gefallen lassen kann, soll der Staat nicht gefährdet werden. Natürlich sind die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Deutschen durchaus nicht berechtigt, denn das deutsche Element ist am staatsfeindlichsten von allen Minderheiten. Die deutsche Bevölkerung hat sich wiederholt in den Dienst des polnischen Staates gestellt, hat sich ihm gegenüber durchaus loyal verhalten, und hat daher auch das Recht, vom Staat zu fordern, daß sie in ihren Minderheitenrechten geschützt werden. Der polnische Staat wird wirtschaftlich nicht dadurch gefährdet, daß die deutschen Minderheiten unter sich an der deutschen Kultur und an der deutschen Sprache festhalten. Sie sind doch die ersten Kulturträger in Polen überhaupt, sind wirtschaftlich und kulturell weit über das Maß der übrigen Bevölkerung Polens entwickelt. Die ehemaligen deutschen Provinzen Polens bilden das wirtschaftliche Rückgrat des polnischen Staates überhaupt. Der Pole dieser Gebiete ist ein ganz anderer Mensch als der in den übrigen polnischen Provinzen.

Die Reichsregierung muß, je schwerer und je unruhiger die Zeiten werden, darauf bedacht sein, daß von Polen her irgendwelche Ueberraschungen drohen können. Wie schnell kann sich an der ostpreussischen Grenze oder in Polnisch-Oberschlesien ein neues Insurgentenheer bilden, das plötzlich die deutsche Grenze überschreitet und große Teile deutschen Gebietes besetzt. Die polnische Regierung würde natürlich alles tun, um derartige Aktionen zu unterstützen. Je mehr das innerpolitische Leben Polens durch Pilsudski jeder Freiheit beraubt wird, um so mehr wendet sich das Interesse den außenpolitischen Fragen zu, und jede polnische Regierung wird, um das Interesse von der Innenpolitik abzulenken, die außenpolitischen Fragen in den Vordergrund rücken.

Reichspost und Gebührenermäßigung

Mit. Berlin, 4. Nov. Im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost machte der Postminister Mitteilung von der Bereitwilligkeit der Deutschen Reichspost, im Rahmen einer allgemeinen Preissenkung durch die Industrie und den Handel eine entsprechende Gebührenermäßigung eintreten zu lassen. Hierbei wies der Minister darauf hin, daß er sich der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Preislenkungsfrage voll bewußt sei.

Amerikanische Stimme zur Reparationspolitik.

Mit. New York, 3. Nov. Der Präsident für Vau- und Währungsweisen im Repräsentantenhaus, der Republikaner Louis Mac Fadden, schreibt in einer hiesigen Finanzzeitschrift über die Kriegsschuldenfrage: Wenn Deutschland das Reparationsabkommen zurückstoßen würde, dann würden die Sanktionen und Bestimmungen, die im Youngplan vorgesehen sind, in Kraft treten. Frankreich würde berechtigt sein, das geräumte deutsche Gebiet wieder zu besetzen. Eine derartige Wiederbesetzung würde dann den Krieg bedeuten. Da das amerikanische Volk Inhaber von Reparationsbonds ist, so ergebe sich die Frage: Ist es in diesem Falle besser, die alliierten Schulden zu streichen, oder die Alliierten in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Reparationen durch Zwangsgewalt einzuziehen? Nach der Ansicht des Präsidenten Mac Fadden sei es empfehlenswerter für Amerika, der Streichung der Schulden den Vorzug vor einer neuen Kriegsgefahr zu geben.

Litwinow besuchte Curtius.

Mit. Berlin, 4. Nov. Am Montag traf der russische Außenkommissar Litwinow auf seiner Durchreise nach Genf zur Teilnahme an der Genfer Abrüstungskonferenz in Berlin ein und machte dem Reichsaußenminister Dr. Curtius einen Besuch. Während der Abwesenheit von Moskau wird der frühere russische Votschafter in Berlin, Krejzinski, die Geschäfte des russischen Außenkommissariats leiten.

Amerika und der französisch-italienische Flottenkonflikt.

Mit. Brüssel, 3. Nov. Der hiesige Gesandte der Vereinigten Staaten, Gibson, hatte an den letzten Tagen Besprechungen mit den französischen und italienischen amtlichen Stellen, die sich auf eine Vermittlerrolle Amerikas in dem zwischen Frankreich und Italien bestehenden Konflikt wegen der Flottenrüstung drehen. Strengstes Stillschweigen wird über diese Unterredungen wie auch über eine Besprechung Gibsons mit Mussolini und Grandi bewahrt. Hierher gelangen römischen Meldungen zufolge, finden die Verlautbarungen Frankreichs, wonach es der Unterzeichnung eines Abkommens mit Italien zustimmen würde, unter der Bedingung, daß bei der Herstellung von Schiffsbauwerken seitens Italiens die französische Flottenrüstung mitunternehmend berücksichtigt werden solle, keine

Die Schlappe der englischen Arbeiterpartei

Mit. London, 4. Nov. Jetzt läßt sich einigermassen das Ergebnis der Gemeinde- und Stabschulwahl in England übersehen. Danach haben die Konservativen nicht weniger als 75 Sitze gewonnen. Die Arbeiterpartei verlor 68 und die Liberalen 12 Mandate.

Konservativer Mißtrauensantrag gegen die Regierung Macdonald

Mit. London, 4. Nov. Chamberlain hat im Unterhaus einen konservativen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, der sich auf die unzulänglichen Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit bezieht. Außerdem wendet er sich gegen die faumelige Behandlung der Krise in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel; alle diese Maßnahmen hätten versagt.

Das Fiasko der britischen Reichskonferenz.

Mit. London, 4. Nov. Ueber die Ergebnisse der britischen Reichskonferenz herrscht in Kreisen der Mitglieder der Konferenz ziemlich Enttäuschung. Die Hoffnung auf Ausdehnung des Handels ist zuhanden geworden, und stattdessen habe man einen komplizierten Mechanismus geschaffen, der jedenfalls sehr kostspielig sein dürfte. Nachdem die Berichte der Unterausschüsse in diesen Tagen dem Wirtschaftsausschuß zugeleitet worden sind, wird man einige Beschlüsse formulieren, die der Konferenz vorgelegt werden sollen.

Arbeitsmarkt und Arbeitsbeschaffung

Neueste Zahlen. Die Vorschläge der preussischen Regierung. — Ihre kritische Seite.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober ist in sämtlichen Landesarbeitsamtsbezirken mit Ausnahme von Pommern eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen festzustellen. Die Meldungen verfügbarer Arbeitsuchender, die bei den Arbeitsämtern am 15. Oktober vorlagen, beliefen sich auf rund 3 184 000. Von dieser Zahl der Arbeitslosen standen 1 491 000 als Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, über 488 000 wurden in der Krisenfürsorge betreut, jedoch die Gesamtbelastung beider Unterstützungseinrichtungen eine Zahl von rund 1 980 000 erreicht. In der gemeindlichen Fürsorge dürften sich bei vorsichtiger Schätzung noch mindestens 600 000 Arbeitslose befinden, der Rest in etwa gleicher Höhe wird mangels Hilfsbedürftigkeit einstweilen — wie lange noch? — von seinem Vermögen leben. Der Winter steht vor der Tür und in Kürze wird eine ganze Anzahl von Saisonarbeitern aus ihrer Arbeit noch entlassen werden müssen. Welche Auswirkungen die schlechte Wirtschaftslage außerdem in der Industrie und im Bergbau noch zeitigen wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, jedenfalls dürfte ein Optimismus nicht angebracht sein.

Im Reich und in den Ländern sucht man der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffungsprogramme, in den Kommunen durch Notstandsarbeiten und Arbeitsfürsorge entgegen zu treten. Man muß sich klar darüber sein, daß all diese Maßnahmen den Kern des Problems nicht treffen! Die Gesundung des Arbeitsmarktes und so weit die Möglichkeit, den 3 Millionen Arbeitslosen wieder Brot und neuen Lebensmut zu schaffen, hat zur unbedingten Voraussetzung, daß die Wirtschaft organisch auf ihren inneren Kräften heraus wieder gesundet!

Das preussische Staatsministerium hat sich in der vergangenen Woche mit den Möglichkeiten beschäftigt, wie die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden könne. Vier Vorschläge wurden der Reichsregierung gemacht. Der erste befaßt sich mit der Frage der Arbeitszeiterverfugung. Es soll denjenigen Betrieben, die zu einer Einschränkung ihrer Arbeit gezwungen sind, Arbeitsentlassungen solange unterlagert sein, als für die Belegschaft noch für mindestens 40 Wochen-

ten. Der in Aussicht genommene große Gemeinschaftsplan unter den Dominien werde noch auf große Schwierigkeiten stoßen. Auch über die Konfingentierung gewisser Artikel besteht in Kreisen der englischen Regierung keinerlei Einmütigkeit. Kanada und Australien drängen auf rasche Beschlüsse; doch deutet wenig darauf hin, daß die Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß kommen wird.

Italienische Anleihe bei französischen Banken?

Mit. Paris, 4. Nov. Hier werden Meldungen verbreitet über eine Anleihe der italienischen Regierung bei französischen Banken. Der italienischen Regierung soll es gelingen sein, durch Vermittlung ausländischer Banken in Paris namhafte Beträge aufzunehmen. Ein rechtstehendes Blatt will wissen, daß die Anleihe abgeschlossen wurde unter Führung einer der bedeutendsten französischen Großbanken.

Deutsch-holländische Luftschiffverkehrsverhandlungen?

Mit. London, 3. Nov. Trotz der Dementis der Zeppelingsellschaft in Friedrichshafen hält der Amsterdamer Korrespondent der "Morning Post" die Meldung aufrecht, daß Dr. Goerner an den Verhandlungen zwischen deutschen und holländischen Finanzleuten beteiligt sei, die darauf hinauslaufen, in Holland, wahrscheinlich in Rotterdam, einen Luftschiffhafen zu bauen. Es handelt sich um die Einrichtung eines Luftschiffverkehrs zwischen Holland und Niederländisch-Indien.

rtige Aufnahme und besteht vielmehr aus dem von Anfang an eingenommenen Standpunkt der Flotte: parität mit Frankreich. Wie aus Paris berichtet wird, glaubt man in dortigen politischen Kreisen, daß die Aktion der Vereinigten Staaten wenig Aussicht auf eine Annäherung zwischen dem italienischen und französischen Standpunkt bieten werde.

Sin großer Balkanblock im Werden

Mit. Sofia, 3. Nov. Trotz der amtlichen Abkennungen werden die Bestrebungen zur Schaffung eines türkisch-ungarisch-griechisch-bulgarischen Bündnisses energisch fortgesetzt. Der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha begibt sich bereits im Laufe dieser Woche nach Sofia und dann nach Budapest. Falls seine Besprechungen in günstigem Sinne fortschreiten, wird er eine Reise nach Rom und Athen fortsetzen.

Die bevorstehenden Wahlen in Amerika.

Mit. New York, 4. Nov. Bereits seit Wochen wurde ein groß angelegter und scharfer Wahlkampf geführt, der als Auftakt zu den heute stattfindenden Parlamentswahlen diente. Die Abgeordnetenkammer wird auf zwei Jahre gewählt. Vor zwei Jahren trat das gegenwärtige Parlament gleichzeitig mit dem jetzigen Präsidenten zusammen. Gleichzeitig finden heute die Neuwahlen für den amerikanischen Senat statt, dessen Delegierten alle sechs Jahre gewählt werden; dies geschieht jedoch in der Weise, daß ein Drittel der Mitglieder jeweils für zwei Jahre neu gewählt wird. Der diesmalige Kampf spielt sich zwischen der Republikanischen und der Demokratischen Partei ab.

Abgeordnet für einzelne Bezirke getrennt außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

- 1) die Befugung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesamtministerium des Reiches oder dem Ministerium des Reiches mit der Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Reiches, das die Befugung ausübt, oder dem Reichstag, wenn derselbe zur Zeit verammelt ist, sofort einholen. Wenn dieselben nicht verammelt sind, so darf die Befugung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß derselben zusammenberufen und die getroffenen Maßnahmen zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Für die Befugung des Verfassungsstaates in Festungen bleiben die Befugungen gesondert vorzulegen in Kraft.

Zur Beurkundung

Frankfurt d. M. 28. März 1849
Dr. Martin. Edward Simon, am Königlich Preuss.
r. 3. Präsident der Verfassungsgesamtheit, Königsberg

Die Verfassungsurkunde von 1849 aus dem Reichsarchiv gestohlen

Die Verfassungsurkunde von 1849 (letzte Seite mit der Unterschrift des Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung Eduard Simon). Aus der Bibliothek des Reichstaats ist auf geheimen Verlangen der Reichsregierung gestohlen worden, in der Großdeutschen Reichsregierung bekannt gemacht.

stunden oder für fünf Tagesgehältern Beschäftigung vorhanden ist. Einschränkung wird allerdings in einer Empfehlung darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in eine Prüfung der Frage eintreten solle, ob nicht auf dem einen oder anderen Wirtschaftsgebiet eine vorübergehende Verabfolgung der Arbeitszeit ohne Schädigung gesamtwirtschaftlicher Interessen möglich sei. Wir sind davon überzeugt, daß sich dieser Vorschlag generell in sämtlichen Betrieben nicht durchführen läßt. Dazu kommt, daß gerade mit Rücksicht auf die Weiterbeschäftigung erprobter Arbeitskräfte trotz mangelnder Aufträge die Wirtschaft bereits zur Selbsthilfe geschritten ist auf dem Wege der Arbeitsreduktion durch Einführung der Kurzarbeit. Zwangsregelungen nach allgemeinem Schema lassen sich hier nicht durchführen. Der geplanten Einführung des 9. Schuljahres kann man dann zustimmen, wenn die hierdurch entstehenden Mehrkosten vom Reich oder Staat übernommen werden. Im übrigen handelt es sich um eine einmalige Entlastung des Arbeitsmarktes, deren Auswirkungen gar nicht so erheblich sind, wie oft angenommen wird. Dem weiteren Vorschlag, den Zugang ausländischer Wanderarbeiter zu sperren, ist unbedingt beizutreten. Es ist ein Umding, bei über drei Millionen Arbeitslosen in Deutschland noch über 100 000 Arbeiter aus dem Ausland zur Arbeit im Vaterland heranzuziehen. Der letzte Vorschlag der preussischen Staatsregierung befaßt sich mit der Durchführung eines dreijährigen Meliorationsprogramms zur Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages. Hiermit soll eine jährliche Beschäftigungsmöglichkeit für 78 000 Arbeiter ermöglicht werden. Auch diesem Vorschlag ist grundsätzlich beizutreten, zumal gerade diese Arbeiten in erster Linie geeignet sind, zahlreich Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, für das rund 750 Millionen RM. aufgewendet würden, sind auf dem Arbeitsmarkt gegenwärtig noch nicht besonders wahrzunehmen, weil die Aufträge mit der Wirtschaft zum Teil noch nicht abgeschlossen sind, zum Teil (so zum Beispiel das zusätzliche Wohnungsbauprogramm) nicht sofort durchgeführt werden können. Jedenfalls ist es selbstverständlich, daß eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes immerhin erreicht wird. Und darum ist die Politik der Reichs- und Landesregierung zu begrüßen und zu unterstützen. K.P.B.

Untersuchungskommission befragt die Abruttschleife im Siebengebirge.

- Königswinter: Um den Ursachen des gewaltigen Geröllabsturzes von der Wollenburg nachzuforschen, hat eine Kommission, bestehend aus den Beigeordneten Schneider und Saß aus Rhöndorf, sowie dem Stadtbauinspektor Volksgarten und Kriminalsekretär Walbus, die betreffende Stelle befragt. Es wurde dabei die Feststellung gemacht, daß der Abrutsch der Geröllmassen am Löwenburg-Tal zum Stillstand gekommen ist, jedoch eine weitere Gefahr des Nachrutschens nicht mehr besteht. Andererseits konnte über die eigentliche Ursache nichts ermittelt werden. Die fortbewegten Steinmassen ziehen sich in Form eines Gleiters etwa 150 Meter den Hang hinab bis zu einem Dohlweg oberhalb des Waldfriedhofes, wo sie sich meterhoch aufstauten und zum Stillstand kamen.

Gefährdet.

- Köln: Einem Herrn, der in einer Wirtschaft einen über den Durs getrunken hatte und eingeschlafen war, wurde von einem unbekannten Täter die Brieftasche mit 800 RM Inhalt und ein Brillenring im Werte von 300 RM gestohlen.

Dörfliche Volksschule

SP. Ein bekannter Führer der Jungbauern schreibt, unsere katholische Jungbauernschaft habe sich ein dreifaches Ziel gesetzt, nämlich den neuen Bauer, die neue Familie und das neue Dorf zu verankern. Die dörfliche Volksschule sei mit an erster Stelle berufen, bei der Formung des neuen Bauerngeschlechtes mitzuwirken.

Es ist leicht erklärlich, daß immer wieder die Schule aufgerufen und auf ihre Mithilfe gerechnet wird, wenn irgendwo etwas Neues in Erscheinung treten soll. Die Dorfschule übernimmt eine schwere Verpflichtung, sobald sie ja zu einer solchen Aufgabe sagt. Besonders deshalb, weil man von unserer heutigen Dorfschule kaum behaupten kann, daß sie noch so stark land- und landvolkverbunden ist, um von vornherein die Gewähr für diese Erneuerungsarbeit zu bieten. Es ist schon oft und mit Recht beklagt worden, wie die ländliche Schule immer mehr ein Abbild der Stadtschule geworden ist und sich an ihr in Lehrstoff, Lehrart, Leistung und Richtung ein Vorbild sucht. Ohne einem zuzugestehen, daß es von der Schul- und Lehrerschaft aus dringt nicht selten eine städtische, wenigstens eine unbäuerliche Art ins Dorf ein. Wenn es auch unbewußt sein sollte, sie wird irgendwo in ihren Wirkungen sichtbar und spürbar.

Welche Dorfschule und was alles zu ihr gehört, stellt sich ganz abhänglich und stark darauf ein, unserm Landvolk wieder Achtung vor sich selbst, seiner Arbeit, seiner ganzen Art und Lebenshaltung einzufößen? Das ist nämlich der Angelpunkt, daß unser Bauerngeschlecht wieder eine rechte Selbstachtung vor sich gewinnt.

So ablehnen früher das Landvolk allem Städtischen gegenüberstand, so aufnahmefähig verhält es sich heute, besonders die Jugend und von dieser speziell die weibliche Jugend. Ihre Vorliebe für alles, was aus der Stadt kommt, beschränkt sich nicht auf das Schein- und Wert der Mode, der Hauseinrichtung, der Sprache. Man pflegt Gesellschaft wie in der Stadt, das Bauernmädchen von heute verabscheut alles „Rauhe“ und „Derbe“ (auch bei der Wahl des Brautgams), es zieht das Verfeinerte, Elegante vor und verfehlt um ein Vielfaches das Gemächliche, Landentpöfliche und echt Bäuerliche. Landjugend von heute wird unsicher, wenn irgendwo oder wo Städtisches naht und ist eifrig bestrebt, alles Ländliche an sich unmerkbar zu machen. Sie will, so ist es, bald städtischer als die Stadt sein.

Eine echte Dorfschule hat daher heute die wichtige Aufgabe, in der Landjugend die Ehrfurcht, die Bedeutung und die Eigenständigkeit des Ländlichen und Bäuerlichen wieder zu wecken und zu nähren. Das ist nicht damit getan, daß vielleicht der Lehrplan ländlich angelegt ist und Lehrstoffe aufzählt, die nach Landwirtschaft riechen. Vielmehr muß der Bauer wieder und der Landbevölkerung überhaupt, deutlich inne werden, daß Schule, Landlehrerschaft und Schulbehörde mehr als ein platonisches Verhältnis zu ihm haben wollen. Wer tagtäglich sieht, wie unsere Landjugend sich gegen die Bauernarbeit sträubt — nicht nur deshalb, weil sie Augenblicklich schlecht lohnt —, weil sie von ihr wegstrebt, der wird leicht die Bedeutung verstehen, die es haben dürfte, wenn sich die Umwelt wieder mehr auf die Wertschätzung und Werthaltung des bodenbauenden Landvolkes befinne. Einer Zeit, der Schnelligkeit, Bequemlichkeit, äußerer Eindruck mehr als alles zu gelten scheinen, wird es schwer fallen, dem Land und dem Ländlichen die Berechtigung widerfahren zu lassen.

So dürfte sich denn keiner weniger als die dörfliche Schule und die an ihr Beteiligten darin übertreffen lassen, in ihrem ganzen Tun und Wollen Zeugnis dafür abzulegen, wie sehr sie sich mit dem Gesicht des Dorfes und seiner Eingekessenen verbunden fühlt. Auch dann schon und dann noch, wenn vielleicht die äußeren Schulverhältnisse Wünsche offen lassen sollten, auch dann, wenn Vergünstigungen und bessere Ausichten, die ja meist außerhalb des Dorfes zu holen sind, fortlassen möchten. Man hat ja längst noch nicht an allen maßgebenden Stellen begriffen, wie lange schon die Dorfschule und die an ihr Wirkenden gegen nichtländliche Kräfte und Schwelgerei zurückgelegt sind. Desto mehr tut not, daß sich die „Leidtragenden“ dessen bewußt bleiben, wie daneben das Land Vorzüge aufweist, die keine Stadt bieten kann, bewußt bleiben, welchen Segen eine Dorfschule zu verbreiten imstande ist und stark genug, dieser Erkenntnis und Befriedigung zuliebe gerne dem Dorf und seinen Menschen die Treue halten, auch dann, wenn es sich nicht bezahlt macht.

Nur in solcher Stimmung ist die Dorfschule zu der Aufgabe befähigt, die die aufstrebende Bauernjugend ihr stellt, nur so ist sie imstande, berechnete und notwendige Hoffnungen zu erfüllen.

Schaltzabbau im Baugewerbe

Das Tarifamt im Baugewerbe, Vertragsgebiet Westdeutschland, hat einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die Gehälter der technischen Angestellten ab 1. Oktober um 3 Prozent und ab 1. Januar 1931 um weitere 3 Prozent abgebaut werden sollen. — Wie uns mitgeteilt wird, ist dieser Schiedsspruch noch nicht endgültig, da das Tarifamt anrufen worden ist. Es ist ferner zu beachten, daß das Vertragsgebiet Westdeutschland sich nicht auf die

Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz, Trier erstreckt. Vom Vertragsgebiet Westdeutschland werden ferner aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf nur die Stadtkreise Duisburg-Essen, Essen, Mülheim und Oberhausen und die Kreise Dinslaken, Mörs und Rees erfasst. Ferner gehört zu diesem Vertragsgebiet der frühere Kreis Schwelm vom Regierungsbezirk Arnberg nicht. Die Gebiete Regierungs-

bezirke Köln, Aachen, Koblenz, Trier, teilweise Düsseldorf und Kreis Schwelm gehören zum Vertragsgebiet „Rheinland“. Die Sitzung des Tarifamtes dieses Vertragsgebietes findet erst am Mittwoch, den 5. November statt. Nach diesem Stande der Dinge besteht vorläufig kein Anlaß für die Arbeitgeber, die Gehaltsfäße herabzusetzen.

Brühl und Umgebung

Brühl, 4. Nov. 1930.

—Die Messe der Klosterkirche erfolgte nach beendeter Instandsetzung heute morgen 8.15 Uhr durch ein feierliches Hochamt. Ueber die Ausstattung der Kirche werden wir noch berichten.

—Der Ausschuss für die St. Martinsfeier ladet für heute Dienstag, abends 8 Uhr, zu einer weiteren Besprechung im Gasthaus Griesberg, Uhlstraße, ein. Zur Beratung stehen Fadel-Ausstellung, Fadelzug, Zugordnung, Martinsreden usw. Um allseitiges Erscheinen wird sehr gebeten.

—Der Brühler Schwimmklub. Die Schwimmübungen in Düren finden jetzt Donnerstags statt. Die Leichtathletik in der Karlsalle ist auf Freitags von 18—20 Uhr verlegt. Siehe Anzeige.

—Kierberg: Die Schulstraße, die sich schon lange in schlechtem Zustand befindet, wird neu gepflastert. Mit den Arbeiten hat man bereits begonnen, nachdem vorher noch einige Kanalisationsarbeiten vorgenommen werden mußten. Wenn diese Straße fertig ist, dann dürfte unser Wegeswohl in Ordnung und vorbildlich für Nachbargemeinden sein.

—Der Volksverein für das kathol. Deutschland hat am vergangenen Sonntag die Winterarbeit aufgenommen. Der Geschäftsführer behandelte die gegenwärtige Lage und besprach das jährliche Vereinsfest, worauf P. Hartweg aus der Marianischen Kongregation sich in interessanten Ausführungen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Südafrikas, wo er 21 Jahre als Missionar gewirkt hat, verbreitete. Nun soll wieder allmonatlich Versammlung mit Vortrag sein.

Totenfeier der Braunkohlenarbeiter für Alsdorf und Maybach

Der Gesamtbetriebsrat der Braunkohlen- und Bituminenwerke Roddergrube A.-G., Brühl, hatte für Allerheiligen zu einer großen Totenfeier angerufen. Mitten im Herzen des Braunkohlengrabens, in Berrenrath, fanden sich am Samstagmorgen, trotz des strömenden Regens, Hunderte von Bergarbeitern aus allen umliegenden Gruben und Werken ein, um für ihre verunglückten Einkohlensameraden eine ernste Trauerfeier zu veranstalten.

Die Totenfeier verlief in überwältigender Weise. Während der ganzen Feier hörte kein Laut in dem großen mit Menschen dicht besetzten Saal. Die Feier war einfach und schlicht, von Bergarbeitern veranstaltet und durchgeführt aber eben wegen ihrer Einfachheit gerade so erhabend. Herr Koch vom Gesamtbetriebsrat der Hauptverwaltung der Roddergrube A.-G., Brühl, hielt die Trauerrede. Er wußte die Not und Gefahr der Bergleute in den Steinkohlengruben lebenswahr zu schildern. Es sei die vornehmste Pflicht der Behörden, Gewerkschaften, Parteien usw. daran mitzuhelfen, daß solche Unglücksfälle vermieden würden. Die Allgemeinheit habe sehr vieles am Bergmann gutmachen. Es gelte, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen, woran ein jeder an seinem Platz mitarbeiten solle.

Als die Anwesenden sich erhoben, spielte die Kapelle „Ach halt' einen Kameraden“. Ergreifende Augenblicke mit Trauerliedern, Musiktrauerchören, Gedichtvorträgen war die erhabene Totenfeier umrahmt.

Stadtverordnetenversammlung

(*) Brühl, den 4. November 1930.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung gedachte Bürgermeister Greterich in einer tiefempfundnen kurzen Ansprache der noch in frischer Erinnerung stehenden Grubenkatastrophen u. widmete den verunglückten Bergknappen einen ehrenden Nachruf. Den Hinterbliebenen, welche von dem tragischen Geschehnis betroffen wurden, drückte der Redner die herzlichste Anteilnahme im Namen der Brühler Bevölkerung aus. Die Ansprache wurde von der Versammlung stehend angehört.

Punkt 1: Gewährung einer Spende für die Hinterbliebenen der in Neurode, Alsdorf und Maybach verunglückten Bergleute. Wie der Vorsitzende mitteilt, habe man im Verwaltungsausschuss die Bewilligung von 1000 Mark vorgeschlagen und zwar für Alsdorf 500 Mk., für Neurode 250 Mk. und für Maybach 250 Mk. Stadtv. Köhlig bemerkt hierzu, daß dieser Vorschlag von der Zentrumsfraktion ausginge. Er habe sich dieserhalb auch mit dem Stadtv. Kamm (Soz.) und Stadtv. Martini (W.P.) ins Benehmen gesetzt, welche den Vorschlag für gut befanden. Die Stadtv. Brühl (D.V.) und Clever (Komm.) habe er leider nicht angetroffen.

Stadtv. Brühl (D.V.) richtet an den Stadtv. Köhlig die Frage, ob für die richtige Verteilung der Gelder in Neurode eine Gewähr geboten sei, da doch nach früheren Zeitungsberichten dies nicht der Fall gewesen sein solle. Stadtv. Köhlig (Str.) bejaht die Frage, da nach den eingezogenen Erkundigungen dies der Fall sei. Stadtv. Martini (W.P.) hätte lieber gesehen, wenn nach der Saar mehr geschickt würde aus politischen Gründen. Stadtv. Clever (Komm.) macht seinem Herzen Luft und bekräftigt die Sorgfalt der Bergbehörden um solchen Unglücken zu begegnen. Er beantragt für Alsdorf 700 Mk., für Neurode 500 Mk. und für Maybach 300 Mk. zu spenden. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß den Bergwerksbehörden wohl kein Vorwurf gemacht werden könnte, da die Ursache des Unglücks in Alsdorf noch nicht festgestellt sei. Auch Stadtv. Brühl (D.V.) hebt hervor, daß sich alle interessierten Kreise ernstlich bemühen, die Ursache des Unglücks festzustellen. Man stehe vorläufig noch vor einem Rätsel. Einstimmig wird hierauf beschlossen, für die Opfer der Verunglückten 1000 Mk. zu spenden und zwar für Alsdorf 500 Mk., für Neurode 250 Mk. und für Maybach 250 Mk. Der Antrag des Stadtv. Clever wurde nur von der Linken unterstützt und blieb mit 5 Stimmen in der Minderheit.

Punkt 2: Bürgerungsantrag a) des Hausmeisters Johann Jund, Brühl, Zunderfabrik und b) des Stukkaturmeisters Viktor Barth, Brühl, Hermannstraße 29. Die Versammlung gab zu den Anträgen ihr Einverständnis.

Punkt 3: Antrag: a) der Jugendlicher St. Jörg (Quickborn), b) des Brühler Amateur-Vor-Klub 30 e. V. auf Bewilligung einer Beihilfe zur Förderung der schulentlassenen Jugend. Wie der Vorsitzende mitteilt, hat die Jugendlicher St. Jörg ihren Antrag inzwischen wieder zurückgezogen. Der Amateur-Vor-Klub wünscht einen Zuschuß von 300 Mk. Stadtv. Wohlgemuth (Soz.) stellt den Antrag, die Angelegenheit dem Verwaltungsausschuss zur Beratung zu überweisen. Der Verein müsse erst mal längere Zeit existieren, ehe man einen Zuschuß gewähren könne. Bürgermeister Greterich bemerkt hierzu, daß die Vorlage bereits im Verwaltungsausschuss beraten sei, man könne höchstens eine Vertagung der Angelegenheit beantragen, womit sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten einverstanden erklären. Die Stadtv. Köhlig (Str.), Martini (W.P.) und Clever (Komm.) lehnen den Antrag ab. Bei der nun folgenden Abstimmung wird dann von allen Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die sich der Abstimmung enthalten, der Antrag abgelehnt.

Punkt 4: Genehmigung von Staatsüberschreitungen für 1930. Die Ausgabenposten für Wohlfahrtspflege und für Unterhaltung der Sportplätze sind überschritten worden. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung. Bei dieser Gelegenheit teilt der Vorsitzende mit, daß die Bürgermeister-Konferenz an den Freitag einen Antrag gestellt habe, eine rechtzeitige Durchführung von Winterhilfsmaßnahmen in der Wohlfahrtspflege zu unternehmen und bittet die Versammlung, diesen Antrag nach Kräften zu unterstützen, was von den Anwesenden einstimmig angenommen wird. Im Laufe der Aussprache machte Stadtv. Köhlig die Mitteilung, daß die Zentrumsfraktion bei der Verwaltung den Antrag gestellt habe, den hilfsbedürftigen Familien je 2 Zentner Kartoffeln zu spenden. Mit Rücksicht auf vorstehenden Beschluß gelangte dieser Antrag nicht zur Aussprache. Stadtv. Schwarzlopf (Soz.) glaubte aber diese Mitteilung mit der Bemerkung „zu Agitationszwecken“ glossieren zu müssen. Diese Unterstellung wurde von dem Stadtv. Köhlig energisch zurückgewiesen. Wahrscheinlich war es der Linken unangenehm, daß solche Anträge von Zentrumsseite gestellt wurden.

Nach Erledigung der öffentlichen Beratungen tagte die Versammlung noch in geheimer Sitzung.

Der Räuber von Berg-Glabbad verhaftet

Berg-Glabbad. Der hiesigen Polizeiverwaltung ist es bereits gelungen, den Täter, der dieser Tage auf den 62jährigen Rassenoten einer hiesigen Firma einen Raubüberfall verübte, in Hattingen an der Ruhr zu verhaften. Es handelt sich um einen 22jährigen Arbeitslosen namens Baggeler von hier, Sohn achtbarer Eltern. Als Mitläufer kam ein 20jähriger Dreher namens Theo Busch in Haft, der im Laufe der Eltern des Baggeler sich aufgehalten hatte. RM. 4000.— des geraubten Geldes konnten beschlagnahmt werden. Durch die Aussage des Baggeler wurden noch eine Reihe weiterer Leute in Berg-

Spenden

Für die Hinterbliebenen der in Alsdorf verunglückten Bergleute

Bis jetzt eingegangen RM. 560.—
Angestellte von Grube Brühl RM. 50.—

RM. 610.—

Für die Hinterbliebenen der in Friedrichsthal verunglückten Bergleute

Bis jetzt eingegangen RM. 336.—
Angestellte von Grube Brühl RM. 50.—

RM. 386.—

Wir überwießen durch die Kreispartei Brühl der Kreispartei Aachen auf Konto Bergwerkskatastrophen Alsdorf am 3. 11. M. 300 und am 4. 11. 260 M., ferner für Friedrichsthal-Maybach am 3. 11. M. 200 und am 4. 11. M. 186.

Verlag der Brühler Zeitung.

Steuertermine im November

5. Nov. Lohnabzug vom 16. bis 31. Oktober 1930.

15. Nov. Vermögenssteuer in Höhe von einem Viertel des im letzten Steuerbescheid angegebenen Betrages.

15. Nov. Staatliche Grundvermögenssteuer und Gemeindezuschlag hierzu für November.

15. Nov. Hauszinssteuer für Nov.

15. Nov. Gewerbesteuer und Berufsschulbeiträge für das 3. Vierteljahr 1930.

15. Nov. Grundsteuer für das 3. Vierteljahr 1930.

15. Nov. Kirchensteuer für das 3. Vierteljahr 1930.

20. Nov. Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 15. 1930.

Von nicht rechtzeitig gezahlten Beträgen werden Verzugszinsen nach dem Jahresfuß von 10. v. H. erhoben. Bei Mahnung und Zwangsvollstreckung entstehen weitere Kosten.

Kölner Schlachtviehmarkt

Köln, 3. Nov. Auftrieb 1349 Stück Großvieh davon 338 Ochsen, darunter 270 Weidenere 210 Bullen, darunter 137 Weidenere, 569 Kälber, darunter 125 Weidenere, 170 Färken, darunter 84 Weidenere, 6 Ferkel, darunter 0 Weidenere, 729 Kälber, 137 Schafe, 4024 Schweine.

	3. 11.	27. 10.		30. 10.	27. 10.
Ochsen a	50-60	53-57	Ochsen a	43-55	—
b	50-54	48-51	Kälber a	88-105	85-105
c	52-55	49-52	b	80-85	78-83
d	45-48	44-47	c	72-78	70-76
Bullen a	52-55	50-54	d	60-70	60-68
b	45-50	45-48	Schafe a	52-55	52-55
c	—	42-44	b	44-48	44-48
Kälber a	50-54	48-51	c	38-42	—
b	44-48	40-46	Schweine a	60-70	60-63
c	38-42	33-38	b	67-70	61-65
d	30-36	—	c	67-70	61-65
Färken a	52-56	50-54	d	64-68	57-63
b	48-51	45-48	e	—	—
c	43-47	40-44	f	57-63	52-57

Die Preise gelten in Mark für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nächsten gewogenen Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Ställe für Fracht-, Markt- und Verkaufsstellen, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Stellpreise im Großhandel in Apg.

Kölner Schlachtungen.			Kölner Schlachtungen.			
	niedrigst	höchst	Mitte		niedrigst	höchst
Ochsenf. a	96	102	99	Geflügel.		
b	88	92	89	vorderr.	74	75
c	70	78	74	hinterr.	87	88
Bullenf. a	92	98	95	Kalbfl.	a	122 132
b	87	91	89		b	112 120
					c	102 108
Kalbfl.	a	90 96	93	Sammelfl.		
	b	82 88	85		a	100 104
	c	70 78	74		b	98 100
Färkenf. a	93	99	96		c	90 94
b	80	92	86	Schmalz.		
Geflügel.	—	—	—		a	85 89
					b	78 82

Die vorstehenden Preise verstehen sich bei Mindestfleisch für Viertel, bei Kalb- und Sammelfleisch für ganze und bei Schweinefleisch für halbe und ganze Tiere.

Eingeführtes Fleisch aus Holland: 51 Kälber: a) 118, b) 105, c) 90; 32 Jungschweine: a) 85, b) 84, c) 83; 12 000 kg Innereien (Schweineleber). Handel in hiesigen Schlachtungen ruhig; Fleisch von besten Stalltieren war gesucht und wurde höher bezahlt, in eingebrachtem Fleisch langsam.

Aufregung verkürzt das Leben! . . . Darum:
Immer mit Ruhe und Kaffee Hag!

Obst- und Gemüseverfeinerung
Fischchen, 3. Nov. Auf der heutigen Gemüse- und Obst-Verfeinerung wurden für 1. Beschaffenheit folgende Preise (in Mark) erzielt: Je 100 Pfund Sommerpinat 6-6,70, Felsbrot 10,70-11, Wirsing grün 1-1,90, Rottkohl 2-2,20, Weißkohl 1,80, Rosenkohl 2,10-2,40, Grünkohl 2,20-2,80, Stangenbohnen 18,70-25, Zwiebeln 2,70-2,90, rote Möhren 1,60-1,90, rote Bete 1,40-1,80, Tomaten 15-20, Rüböl 3,10-3,50, Birnen 25-32; je 100 Bund rote Möhren 10 je B. 3,30; je 100 Stück Sellerie 15-20,30, Porree 1-1,80, Blumenkohl 22,30-38,30, Endivien 1-3,20, Kohlrabi blau 2-2,50, Rettich 1-6. (Die nächste Verfeinerung 5. Nov.).

Westdeutscher Rundfunk.
Mittwoch, den 5. November 1930.

6.45-7.00 Leibesübungen. — 7.00-8.30 Morgenkonzert. — 8.30-8.55 Mutter und Kind. — 10.15-11.15 Schallplattenkonzert. — 10.30 Erste Tagesnachrichten. — 11.20-12.00 Musikalischer Schulfest. — 12.10 Schallplattenkonzert. — 12.50 Erster Wetterbericht. — 12.55 Rauener Zeitungen. — 13.05-14.30 Mittagskonzert. — 15.00-15.30 Kinderstunde. — 15.30 Wirtschaftsbildung. — 16.05 bis 16.25 Frauenstunde. — 16.25 Zweite Wirtschaftsmeldungen. — 16.30-16.55 Zwei Erlebnis. — 17.00-17.30 Wandlungen zur neuen Musik.

17.30-18.30 Besprechung. — 18.30-18.50 Wirtschaftspolitische Umschau. — 18.50 Vom Tage. — 19.15-19.40 Die Stunde des Arbeiters. — 19.40 bis 20.00 Wirtschaft und Gesellschaft im Buch. — 20.00-20.55 Abendmusik. — 20.55 Erste Abendmeldungen. — 21.00 Der heitere Mittwoch. — Anschließend: Rechte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht. — Anschließend bis 24.00 Nachtmusik und Tanz.

Das „Stieffind“ im Haushaltsbudget

Das „tägliche Brot“, und wenn es in der allerbesten Form genossen wird, kostet beträchtliches Geld. Auch der sehr einfach geführte Haushalt muß gewisse Kosten für die einzelnen Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens einlegen, unter die nicht heruntergelassen werden kann, wenn nicht Unterehrnahrung oder Verfall des ganzen Hausstandes eintreten sollen. Damit hat man sich auch in der Regel abgefunden. Jedenfalls denkt man z. B. im allgemeinen nicht daran, auf Kosten der notwendigen Ernährung Ersatzstoffe einzuführen zu wollen. Ja, sogar einen gewissen Verbrauch an der Grenze des Luxus, wie etwa das Rauchen, das Glas Bier und dgl., gönnt man sich selbst in recht karglich situierten Kreisen. Und das nicht immer zu Unrecht; ein bißchen Freude, etwas mehr als das Notwendigste, gehört in das Leben, wenn es etwas anderes sein soll als ein bloßes Existieren.

Diese Einsicht hört aber merkwürdigerweise sehr oft auf, wenn es sich um den Posten „Beleuchtung“ im Haushaltsbudget handelt. Auch in Haushaltungen, wo sonst keineswegs mit dem Pfenning gerechnet wird, glaubt man den Betrag der monatlichen Lichtrechnung besonders scharf und streng prüfen zu müssen und ist vielfach geneigt, auch eine relativ recht geringe Summe, mit der der Lichtverbrauch sich am Monatsende ausweist, zu hoch zu finden. Daß der Betrag der Lichtrechnung die wohnliche Behaglichkeit von 30 Abenden einschließt, die nur bei guter Beleuchtung möglich ist, die Erleichterung der abends vorgenommenen Arbeiten, die Reinlichkeit und Sicherheit im Hause, das alles vergißt man meist. Man sieht die monatliche Endsumme vor sich, die dann, ohne nähere Überlegung, nur als eine Ausgabe mehr gebucht wird, die man gern möglichst herabdrücken möchte; wie gesagt, auf Kosten von Behagen, Stimmung und Arbeitsleistung eines ganzen Monats.

Ist denn aber das elektrische Licht nicht billiger als nahezu jeder andere Haushaltsposten? Bei einem Stromtarif von 33 (38) Pfennigen brennt eine 25 Watt-Lampe eine volle Stunde lang für ca. 1/2 (1) Pfennig. Was kann man wohl heute noch Rennenswertes für einen Pfennig oder gar für einen halben ersehen. Für 10 Pf. brennt die erwähnte Lampentype 12 (10) Stunden lang. Kein Glas Bier gibt es heute für 10 Pfennige, keine

halbwegs rauchbare Zigarre, 1-2 Zigaretten allenfalls, von denen jede in 5 Minuten aufgeraucht ist. Die 20 Stunden, die 5 Minuten — von der Wichtigkeit der gegenübergestellten Genüsse ganz abgesehen. Diese relative und absolute Billigkeit des elektrischen Lichtes kann man beliebig nachprüfen, im Vergleich mit sämtlichen anderen täglichen Bedarfsgegenständen. Gerade dieser verhältnismäßig bescheidene Posten aber, der sich einem ungeheuren Gegenwert bietet, soll im Haushaltsbudget unter jedes vernünftige Maß herabgedrückt werden?

Die Lichtpreise sind dem Tarif des Elektrizitätswerkes Berggeist M.-G. Brühl entnommen, das eine weitere Verbilligung des Lichtstromes um mehr als die Hälfte vorsieht, wenn monatlich über 100 Kilowattstunden Haushaltsstrom abgenommen werden.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl.
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.

Immer weiße Zähne

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umso mehr, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten. — gez. C. Gindorf, Br... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Rheuma

Ischias, Gicht, Hexenschuß
Nerven- und Muskelschmerzen aller Art. Alle diese Schmerzen beseitigt

unvergleichlich schnell mein giftfreies, absolut unschädliches, ärztlich geprüftes und glänzend begutachtetes Spezialpräparat.

Wollen Sie gesund werden?
Dann machen Sie sofort einen Versuch mit meinem in tausend Fällen erprobten Spezialmittel. Keine Zee- und Einreibetur. Leicht und bequem in Kapselform einzunehmen.

Unbeschreibliche Freude
Leuchtet aus den vielen Dankschreiben derjenigen hervor, die durch mein Präparat von schrecklichen Qualen befreit wurden. Lesen Sie die unaufgeforderten Worte

eines Glücklichen

Herr Kreisbaurat W. H. Korf schreibt uns: „Als alter Rheumatischer von 83 Jahren litt ich im Februar dieses Jahres wieder sehr an Rheuma und Ischias. Da ich schon so viele Mittel mit wenig Erfolg angewendet hatte, ich zunächst wenig Vertrauen zu dem angepriesenen Mittel, aber die Garantie, daß bei erfolgloser Anwendung der gesamte Betrag sollte zurückgegeben werden, ermunterte mich, auch damit noch einen Versuch zu machen.“

Schon nach dreitägigem Gebrauch merkte ich wesentliche Besserung und nach Verbrauch einer Schachtel war ich schmerzfrei; doch nach 6

Wochen setzte das alte Leiden wieder ein, aber nach Verbrauch von weiteren zwei Schachteln war ich wieder rheumafrei. bin es auch bis heute geblieben. Sollte sich das alte Leiden wieder einstellen, werde ich sicherlich auch wieder von dem Mittel Gebrauch machen. Nach meiner Erfahrung kann ich allen Rheumatischen das Präparat bestens empfehlen.“

gez. W. H. Korf sen.
Altvetenar 1870-71

Wir können nichts verschonen!

denn es ist beste Qualitätsware... aber wir zahlen jedem den vollen Betrag zurück, der bei richtiger Anwendung keinen Erfolg erzielt. Schreiben Sie noch heute, damit wir es Ihnen morgen schon senden und Sie übermorgen bereits den Segen des unvergleichlich wirkenden Präparates erleben. Scheuen Sie nicht die geringe Ausgabe, wenn Sie sich damit das höchste Gut der Menschheit, die Freude am Leben, so schnell wieder erwerben können. Auch wenn Sie

jahrelang an's Bett gefesselt

sind, für Leiden noch so alt und hartnäckig ist, ich befreie Sie von den Qualen Ihrer Krankheit. Menschen zwischen 60-80 Jahren haben die Freude am Leben zurückgewonnen und schreiben begeistert von dem Wunder der Heilung und der prompten Beseitigung der Schmerzen.

Ärztliche Literatur gratis.

Verlang das Präparat (Preis 3 Mk.) gegen Nachnahme oder Voreinsendung durch die Versand-Apothek

Max Zeidler, Wandsbek (179)

Löwenstraße 24

Bekanntmachung.

Die Schornsteinreinigung in den Gemeinden des Amtsbezirks Brühl-Land beginnt am 7. November 1930.

Brühl, den 4. November 1930.

Der Bürgermeister von Brühl-Land.
Dobr.

Frauengruppe d. Deutschen Volkspartei Ortsgr. Brühl.

EINLADUNG
zu Mittwoch, den 5. Nov. nachm. 4.15 Uhr in der Schloßbrauerei (Saal 1. Stock).

Reichstagsabgeordneter Dr. Regh spricht über die politische Lage.

Gäste, auch Herren willkommen.

Brühler Schwimmklub

Unsere Schwimmübungen in Hürth finden von jetzt ab jeden Donnerstag statt. Abfahrt der Jugend 16.40 Uhr. Erwachsene 17.30 Uhr vom Lokal Rösch.

Die Leichtathletik in der Karlshalle ist auf Freitag von 18 bis 20 Uhr verlegt.

Der Vorstand.

Jetzt beste Pflanzzeit für Tulpen, Schneeglöckchen, Hyazinthen, Crocus usw.

Sammenhandlung H. Zavelberg
Steinweg 13-19
Hühner u. Vogelfutter. — Raupenleim.

Erstkl. Schneiderin (Meister-Diplom)
fertigt eleg. Straßen-, Gesellschaftskleider, Jackenkleider, Mäntel, Umarbeiten, Modifizieren, Erstkl. Verarbeitung. Möbige Preise.
Henssches, Köln, Metzgerstr. 7.
15. Barbassolplatz in Mitte 16 in 1930 in 1930



DRUCKSACHEN für den Bürobedarf

wie Briefbogen und Umschläge, Rechnungen, Mitteilungen, Preislisten und Kataloge in einfacher und vornehmer Ausführung. — Vertreterbesuch und Preisangebot auf Wunsch.

Buchdruckerei Peter Becker & M. B. H.

Brühl, Schloßstraße 23 Ferns r. 108-109

Loden-Stoffe

für Anzüge und Mäntel

einfarbig und gemustert

F. Sangermann, Köln

jetzt: Kreuzgasse 1-3

Alleinverkauf für Lodentrey-Mänteln

Achtung! Promenaden- und Klappwagen

vornehmer Ausführung in großer Auswahl.

Korbwarenhaus

Bergmann, Markt 20

Verehrte Hausfrau!

Haben Sie sich schon von der köstlichen Qualität der

Silberkuh

Margarine (Winterware) überzeugt?

Machen Sie bitte heute noch einen Versuch.

Ernst Osterhammel

Efferen b. Köln Hauptstraße 20

Zentralheizung — Sanitäre Installation

Warmwasser, Trocken-, Gewächshaus-Anlagen

Wäschereien, Bäder- u. Hochdruck-Leistungen

Autogene-Schweißen jeglicher Art

— Ingenieurbesuche sowie Kostenanschläge unverbindlich — Instandsetzungen, Reparaturen sämtlicher Art, werden prompt und preiswert ausgeführt.

Vertreten durch:

Herrn Reinr. Wichterich, Schlossermeister

Brühl Bez. Köln, Hermannstraße 3

Auto-

Fahrten

in eleganter 6-Zyl. Limousine bei billiger Berechnung.

Carl Nohl, Kölnstr. 23

Gernsbrucher 2291.

Geförnte u. gemahlene

Holzkohle

das beste Aufsaugmittel

für Geflügel, Schweine

Kinder, Pferde.

Postpaket 10 Pf. Nachnahme

30 Pf. 250; 30 Pf. 300. 9.-

ab hier.

W. H. Korf, Bonn.

Bin verzogen

nach

Clemens-Auguststr. 10.

Anna Welsch,

Debammentschweizer.

Leibbinden

für alle Zwecke.

Gummifüßpf.

Kräuterhaus

Köln, Blaubach 7.

Saubere

Zeltungs-

Makulatur

hat billig abgegeben

Brühler Zeitung.

3 Zimmer

zu vermieten.

Mühlentstraße 76.

Neuer runder

Sichentisch

wegen Raum zu verl.

Anauf. nach 18 Uhr.

Hospitalstr. 23.

1 Zimmer-Gasofen

mit Marmorplatte,

1 eichener

Schreibstisch zu verl.

Friedrichstr. 10 L.

Näherin

sucht Kunden in u. außer

d. Hause. Pro Tag 10 Mk.

Wer tagt die Gesch. 14.

Kleibiges Mädchen

f. alle Hausarbeit tags-

über sofort gesucht.

Schloßstraße 3.

Möbelhaus

Franz Stoffel

Köln

nur Wälderstraße 39

am Barbarossaplatz

Telefon Anno 218020

Küchen

Schlafzimmer

Speisezimmer

Serrenzimmer

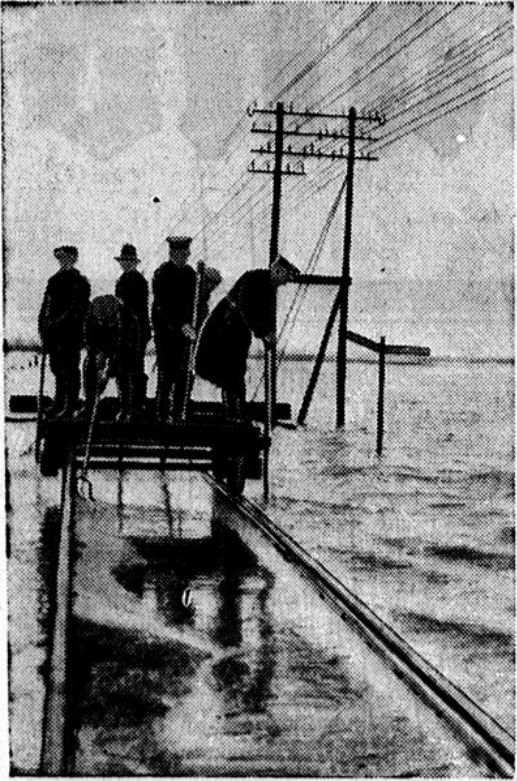
Einzelmöbel

Klub- und sämtl. Polster

möbel werden in eigene

Werkstätte aus bestem

Material hergestellt.



Die Heberschwemmungskatastrophe in Schlesien.

Bahnbeamte untersuchen auf der Strecke Liegnitz-Görlitz den Wasserstand von einer Drahtseilbahn herab, die die völlig überschwemmten Geleise befährt.

Zeitnot und Wohnungsform

Von Jakob Giesler.

Man sollte meinen, daß wir in den zehn Jahren, in denen um die Lösung des Wohnungsproblems so leidenschaftlich gerungen worden ist wie nie zuvor, längst zu einer der Zeit entsprechenden Wohnungsform gekommen wären. Denn an sich sind die Forderungen, die es zu verwirklichen gilt, einfach und klar genug. Handelt es sich doch lediglich darum, Wohnungen zu bauen, die unter Heranziehung aller brauchbaren technischen Hilfsmittel bei möglichst geringen Kosten das heutige Wohnbedürfnis möglichst weitgehend befriedigen. Dabei konnte man zunächst nur im Zweifel darüber sein, was man unter „heutigem Wohnbedürfnis“ zu verstehen habe. Aber die Beantwortung dieser Frage ergab sich eigentlich von selbst, sobald aus dem Wirrwarr der Geister und Herzen der neue Mensch emporgestiegen war und seine Forderungen auch für die Wohnungen geltend machte. Was diese Forderungen vor allem kennzeichnet, ist die entschlossene Abkehr von aller historisierenden Formalistik, von jedem umeichten Pathos, das leidenschaftliche Bekenntnis zu unbedingter Sachlichkeit, zu Licht, Sonne, Reinlichkeit, das entschlossene Streben nach Vereinfachung der Wirtschaftsführung und möglicher Entlastung der Hausfrau von mechanischer Arbeit. Was aber in Verfolgung und Verwirklichung dieser doch gewiß eindeutigen Begriffe an Verwirrung, Unfinn und Mißverständnissen zutage trat, ist erschreckend und bezeichnend zugleich. Das Schlagwort begann seine Herrschaft, das Bemühen, der Baukunst durch gedankliche Konstruktionen, durch rationalistische Theorien eine neue Richtung zu geben. Man redet viel und laut von der „Rationalisierung der Wohnung“, von der „technischen Struktur des Hauses“, vom „funktionalen Bauen“, von der „Wohnmaschine“, die uns „endlich von allem alten Blunder sachlicher und seelischer Art“ befreien sollte, vom „neuen Gemeinschaftsgefühl“, das die Menschen eines ganzen Mietshauses, ja einer ganzen großen Siedlung zu einer einzigen, friedlichen Familie zusammenschweißen sollte, und wie die schönen Worte alle heißen, die die Lösung des Wohnproblems nicht gefördert, sondern in erschrecklicher Weise gehemmt haben.

Bei allen bisherigen Versuchen hat man in einer merkwürdigen Verkennung der Not der Zeit sich um die Lösung formaler Probleme bemüht, hat eine Art von bauästhetischem Anschauungsunterricht durchgeführt, statt Gebrauchswohnungen zu schaffen, das heißt Wohnungen, die wohnungskulturell ausreichend und trotzdem für die deutsche Familie erschwinglich sind. Denn nicht auf formale Neuerungen, nicht auf die Verwirklichung an sich idealer, aber angesichts der heutigen wirtschaftlichen Not utopischer Forderungen kommt es an, sondern darauf, Wohnungsformen zu finden, die der geistigen Haltung des heutigen Menschen entsprechen und deren Kosten doch so gehalten sind, daß sie nicht für einen kleinen begüterten Teil, sondern für die große Masse der Wohnungssuchenden in Betracht kommen.

Bei der bisherigen Art des Wohnungsbaus bleibt ein großer Teil der Bevölkerung, der zugleich der notleidendste ist, von der Nutzung ausgeschlossen. Auf der einen Seite steht ein geringes Baukapital und auf der anderen die berechnete Forderung der Familie nach einer menschenwürdigen Wohnung. Es gilt, die rationelle Mitte für Größe und Art der Durchschnittswohnungsform zu finden. Ein be-
* Aus dem Oktoberheft der illustrierten Familienzeitung „Die Bergstadt“ (Verlag W. G. Korn, Breslau 1. Preis 1,50 RM).

Vom Sinn der Bürgersteuer

Parteiliche Verfeinerung. — Wachsende Not der Kommunen. — Ideale Umstellung im Steuerwesen. — Steuerpädagogik.

Keine der drei neuen Gemeindesteuern aus der Notverordnung ist so heftig befehdet und keine so sehr aus parteipolitischen und parteiagitatatorischen Gründen in den Kommunalparlamenten der Ablehnung verfallen, als die Bürgersteuer. Warum? Gewiß soll die Bürgersteuer dazu dienen, der finanziellen Not der Gemeinden, die ins Riesengroße gewachsen ist, zu steuern. Die gewaltige Steigerung der Wohlfahrtslasten, der dauernd sich verschärfende Rückgang bei den Steuerrückgängen, die Unmöglichkeit, die Realsteuerrückläge zu erhöhen, zwingen dazu, die neu erschlossenen Steuerquellen restlos auszunutzen. Manche unserer Gemeinden werden sich ohne Stützungsmaßnahmen von Reich und Staat nicht über die kommenden Monate hinüberretten können. Auf staatliche Hilfe wird aber nicht zu hoffen sein, und je wird mit Recht verweigert, falls die neuen Steuern nicht ausnahmslos in Anspruch genommen werden.

Die Erschließung einer neuen Einnahmequelle ist aber nicht der alleinige Zweck der Bürgersteuer, sie hat auch noch einen finanzpolitischen Zweck. Augenblicklich sind die Einnahmen aus Realsteuern die Hauptverdienstsquelle der Gemeinden, der Träger dieser Steuern ist der Besitz, die Vermögenssubstanz. An der Besteuerung des Einkommens dagegen sind die Gemeinden nur indirekt beteiligt durch die Ueberweisungen vom Reich an Länder und Gemeinden aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. In den meisten Gemeinden bleiben diese Einnahmen aber zurück hinter dem Aufkommen aus den Realsteuern. In der Vorkriegszeit dagegen bildete das Einkommen der Gemeindegemeinschaft die Haupteinnahmequelle der Gemeinde, die Realsteuern waren nur Ergänzungssteuern. Die gemeindlichen Zuschläge zur damaligen staatlichen Einkommensteuer bildete das Rückgrat der Gemeindefinanzen. Dadurch war der Kreis der direkt von den Gemeindeausgaben Erfassten ein bedeutend größerer als heute und jede Vermehrung der Gemeindeausgaben, trat nicht allein wie heute fast meist nur den Besitz (Erhöhung der Realsteuern), sondern auch den Gehalts- und Lohnempfänger wie auch die freien Berufe.

Dieser Grundgedanke, daß Einkommen und Besitz mehr in ausgeglichenerem Maße an der Vermehrung oder Verminderung unserer Gemeindeausgaben direkt beteiligt sein müssen, daß die mit gleichem Bürgerrecht ausgestatteten Gemeindeglieder, auch in mehr ausgeglichener Form an den Gemeindepflichten, verfürpft durch die Abgaben, zu beteiligen sind, dieser Gedanke muß bei der Neuordnung unseres Gemeindefinanzwesens mehr verwirklicht werden, wenn auch unter Berücksichtigung aller sozialen Gegenwartsforderungen.

Und dieser Gedanke ist in der Nachkriegszeit durch die Einführung der Bürgersteuer erstmalig verwirklicht worden. Sowohl ihre pflichtmäßige Einführung überhaupt, wie ihre Steigerung ist zu der eventuellen Steigerung der Realsteuerrückläge in einem bestimmten Verhältnis geknüpft worden, sodaß, wenn jetzt die Erhöhung der Realsteuern beschlossen wird, die Bürgersteuer eingeführt werden muß oder bei einer Steigerung der Realsteuern um einen bestimmten Prozentsatz über den noch festzustellenden Landesdurchschnitt hinaus, eine Erhöhung der Bürgersteuer um die Hälfte oder auf das Doppelte eintreten muß.

Dem Gedanken einer mehr gleichmäßigeren Verteilung der Gemeindeflasten auf Einkommen und Besitz, eines mehr gerechteren Ausgleichs zwischen Bürgerrecht und Bürgerpflicht, ist bei der Einführung der Bürgersteuer auch dadurch Rechnung getragen, daß jeder, der das passive Wahlrecht besitzt, also durch seinen Stimmzettel über die Zusammenlegung derjenigen Körperschaft, die die Ausgaben beschließt, der Gemeindevertretung bestimmt, grundsätzlich der Bürgersteuer unterliegt.

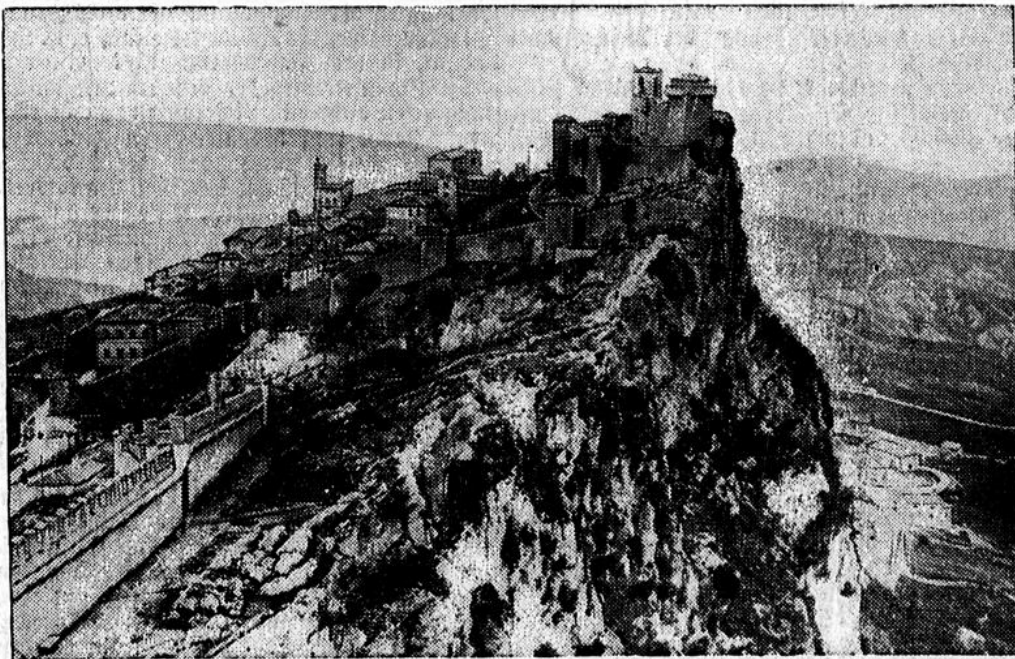
Mag man auch sich kritisch zur Bürgersteuer aus verschiedenen Gründen, zum Beispiel wegen Mangels einer ausreichenden, sozialen Staffelung einstellen können. Die Aufnahme der vorstehend erörterten Idee in die Bürgersteuer kann prinzipiell nur begrüßt werden, und es wäre zu wünschen, daß auch bei der weiteren Umgestaltung des kommunalen Finanzwesens dieser Gedanke mehr verwirklicht würde. K.P.B.

Der Architekt hat einmal die übliche alte und die wohlorganisierte neue Wohnung mit einer gewöhnlichen Kiste und einem raffiniert eingeteilten Koffer verglichen. Dieses Bild soll die größere Ausnahmbarkeit des zur Verfügung stehenden Raumes bei kluger Planung zeigen. Zweifellos hat ein kleinerer, aber vorzüglich planter Grundriß für den Bewohner höheren Wohnwert als ein größerer unrationeller Grundriß alter Art. Weite Bevölkerungskreise sehen oft aus Unkenntnis dieser Tatsache das Heil allein in größeren Räumen, aber die Entwicklung des Wohnungsbaues auch in anderen Ländern zeigt, wie der Verbrauch an umbautem Raum für eine Wohnung und damit auch ihre Kosten sehr wohl eingeschränkt werden können, wenn ihr eine sorgfältige Planung zugrunde liegt. Auch die Bewirtschaftung einer solchen Wohnung wird durch Ersparnis an Zeit rationalisiert.

Trotz aller Versuche, die bisher gemacht worden sind, bleibt immer noch die große Aufgabe unserer Zeit zu lösen: Wohnraum zu schaffen für die vielen, die heute ohne eigene Wohnung leben und damit das Beste und Schönste entbehren müssen, was es auf Erden gibt: das eigene Heim.

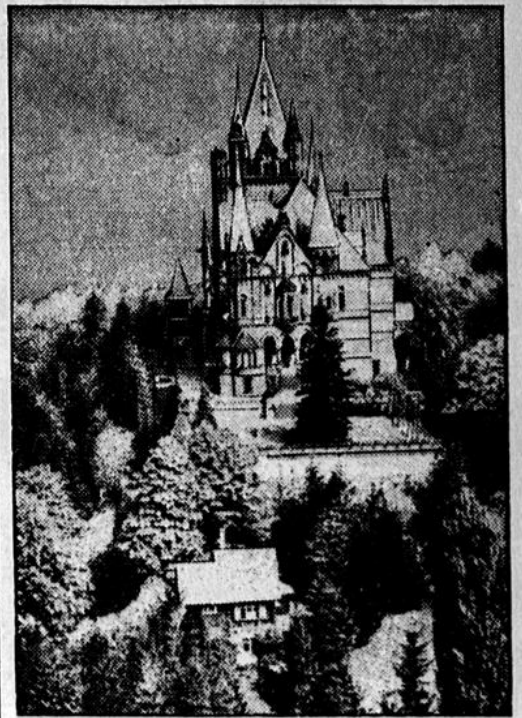
Wohlfahrts-Briefmarken.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, macht der Preussische Minister für Volkswohlfahrt auch in diesem Jahre auf den Vertrieb der Wohlfahrtsbriefmarken aufmerksam. In dem Erlaß an die Regierung heißt es:



Das ganze Land auf einem Bild.

Der Staat und die Stadt San Marino, hoch über der Meeresoberfläche erhebt. Die Miniaturrepublik hat 13 000 Einwohner, die durch zwei Präsidenten regiert werden.



Die historische Dragonburg wird Schulhaus.

Schloß Dragonburg am Drachenfels bei Königswinter, das Wahrzeichen der Rheinstadt, soll zur Schule ausgebaut werden.

Die Menschen Schlachtereien auf Formosa. Zurechtbare Einzelheiten über das Blutbad.

Mit. Tokio, 3. Nov. Japanische Ueberlebende der Mekeleien seitens der malaiischen Volksstämmen auf Formosa erklären, daß die japanischen Einwohner zusammengekommen waren, um eine sportliche Veranstaltung der japanischen Volksschule zu besuchen, als plötzlich im nahen Walde ein Schuß fiel. Dies war das Zeichen des Beginns des Blutbades. Mit Kriegsgewehr und bewaffnet mit Speeren und Schwertern eilten die Kopfsäger herbei und umzingelten sofort den Sportplatz. Die Wilden schlachteten die wehrlosen Menschen, darunter auch Frauen und Kinder hin und schnitten den Opfern die Köpfe ab. 84 Japaner konnten sich vor dem Blutbad retten; sie verbargen sich in den Wäldern und in Schlupfwinkeln der Häuser. Eine Truppenabteilung wurde den Liegenden nachgeschickt.

Nach einer weiteren Meldung verfügte die wilden Volksstämme über eine große Menge Gewehre und Munition, die sie auf der Polizeistation gestohlen hatten. Gestern entdeckte die Truppenabteilung eine Reihe Leichen von Polizisten und Zivilisten, die enthauptet waren, einschließlich einer Anzahl Frauen und Kinder.

Der Ueberfall ist darauf zurückzuführen, daß eine große Maschinenfabrik ihre Zahlungen einstellte und infolgedessen den eingeborenen Arbeitern die Löhne schuldig blieben. Die erregten Arbeiter wandten sich sodann an die Führer der wilden Volksstämme um Unterstützung gegen ihre Arbeitgeber.

Bücherschau.

Ohne Waffe. Von Josef Wente, im Kriege Divisionsparrer. 287 Seiten. Geb. M. 4,80. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.

Das Kriegserlebnis eines kathol. Feldgeistlichen. Noch bevor die Frontsoldaten selbst in größerer Zahl das Wort zu dem Thema „Krieg“ nahmen, hat ein Feldgeistlicher seine Kriegserlebnisse niedergegeschrieben. Der Verfasser lebt seit 1922 in Brasilien. 1924 erschien sein Buch, ohne damals größeres Aufsehen zu erregen. Was hat schließlich ein Divisionsparrer über den Krieg zu sagen! Die 8. Auflage des Buches wird jeden Leser jedoch eines besseren belehren. Der Priester hat zwar nicht mit der Waffe in der Hand im Felde gestanden, aber dafür hat er kraft seines Berufes wie wenige andere Einblid in die Seele des Frontsoldaten und damit wohl in das tiefste menschliche Problem des Krieges genommen. Was J. Wente hier in schlichter erzählender Form niederschreibt, ist darum in vieler Hinsicht wertvoller als mancher große Schlachtbericht, der über das äußere Geschehen nicht hinausreicht.

Mehr Sonne. Ein Buch der Lebensfreude. Von Dr. F. E. May. Mit 11 Bildern. 155 Seiten. Kwd. M. 5.—

Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn. Das Buch ist eine Lat; es möchte Menschen schaffen, die mit lachendem Blick das Leben meistern. Im Dunkel eines veragenden Pessimismus gedeiht nicht die Sonnenblume der Lebensfreude. Für einen sieghaften Optimismus setzt sich der bekannte Verfasser mit Fug und Recht ein. Wer das Buch liest, wird zu einer hohen Lebens- und Leistungssteigerung kommen. Schwache werden stark. Kränkliche genesen. Verzagen werden zuversichtlich. Alles durch das Wunder echter Lebensfreude, die überstrahlt ist von der Sonne des Glaubens. Wir brauchen die „Schule der Freude“, in der nicht auf „junge Leiber alte Köpfe“ gesetzt werden. Seelenbildner, Pädagogen vermögen überreiche Werte aus dem Buche zu erschöpfen. Das Werk ist der freudenspendenden Menschheit gewidmet. Möchte es allen Freudenforschern, jung und alt, in die Hand kommen. Der Verlag schenkt dem Werk ein überaus schönes Freizeitleid.

Der Mittelstand

Wochenbeilage für Handwerk, Handel und Gewerbe.

Das deutsche Handwerk der Gegenwart.

Die Veränderungen in der technischen Verfassung haben im Vergleich zur Vorkriegszeit die Bedeutung des Kapitals für die Handwerksbetriebe außerordentlich gesteigert. Damit vollzog sich auch ein entscheidender Wandel in der Betriebsgröße. Gemessen an der Zahl der beschäftigten Personen ist die Betriebsgröße zwar gegenüber der Vorkriegszeit fast durchweg zurückgegangen. Infolge der verstärkten Inbetriebnahme von Kraft- und Arbeitsmaschinen ist aber gleichzeitig die Produktionskraft des einzelnen Handwerksbetriebes meist gewachsen. Dieses Wachstum bedingte eine verstärkte Ansammlung von Anlagekapitalien und, bei der teilweise durch die Industriekonkurrenz erzwingenden Notwendigkeit einer Reihens- und Vorratshaltung, auch eine Vermehrung von Betriebskapitalien. Diese haben auch deshalb zugenommen, weil die Handwerksbetriebe im Wettbewerb mit Industrie und Handelsunternehmen vielfach langfristige Kreditkredite geben. Mit der Steigerung der Anlagekapitalien hat das Handwerk zum erheblichen Teil seinen früheren Vorteil gegenüber der Industrie, der in der Elastizität der Kosten bestand, verloren. Die Handwerksbetriebe sind daher heute auch weit konjunkturrempfindlicher als in der Vorkriegszeit.

Neben den technischen Veränderungen sind es vor allem betriebswirtschaftliche Maßnahmen, die für die Widerstandskraft des Handwerks eine außerordentlich große Bedeutung erlangt haben. Wenn es auch im Enquete-Bericht heißt, daß die betriebswirtschaftlichen Maßnahmen sich meist nur zögernd und unter dem Druck der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse vollziehen, mithin das Handwerk hinter der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung nachhinkt, so liegt darin kein Vorwurf, sondern nur ein Hinweis auf die Grenzen „der Handwerksindustrialisierung“, die meist nicht ungekämpft überschritten werden, denn das Handwerk baut nun einmal auf einem uralten Bedarf auf, es kann infolge der Notwendigkeit persönlicher Handarbeit die kapitalistische Betriebsführung nicht einfach nachahmen, ohne in die Gefahr eines Marktstills zu geraten, der es infolge seines ganzen historischen Aufbaues nicht ganz ertragen können, die seine Konkurrenz geschmiedet hat. Denn entgegen der Situation des früheren, nicht umsonst auf „Bedarfsdeckung“ eingesetzten Handwerks zwang die allgemeine veränderte Bedarfslage besonders bei denjenigen Erzeugungsgruppen zu einer Buchführung und Preisrechnung, die wie die Entwicklung zeigt, dem Handwerk erhalten geblieben oder neu zugefallen sind. Dabei sind insbesondere einzelne Handwerksbetriebe richtunggebend gewesen. Nicht daß sie auf Grund kapitalistischer Buchführung und Preisalkulation eine scharfe Preisunterbietung ins Handwerk hineingetragen hätten, wohl aber haben sie infolge sorgfältiger Kostenberechnungen eine bessere Ausnutzung und Verbindung der einzelnen Produktionsmittel und damit eine Qualitätsüberbierung erreicht, der sich das Handwerk als Ganzes hat anpassen müssen. Dabei haben für die kleineren, früher überwiegend nichtbuchführenden und -alkulierenden Handwerker die Handwerksorganisationen eine große Erziehungsaufgabe erfüllt und noch zu erfüllen. Noch vor dem Kriege fand in den Betrieben weitläufig der meiste Handwerkszweig eine regelmäßige Bestandaufnahme, noch eine mehr als traditionell oder gefühlsmäßig orientierte Preisberechnung statt.

Sie ist in der Kriegs- und Nachkriegszeit ein entscheidender Wandel eingetreten. Die Grundlage der Alkulation bilden heute vielfach Schemata der Innungen und Verbände, die entweder Richtpreise oder Material-, Unkosten-, Gewinnzuschläge und Meisterlohnsätze enthalten. Kartelle auf verträgsmäßiger Grundlage wurden von der Handwerksgruppe nur in wenigen Handwerkszweigen, wie z. B. bei dem Schmiedehandwerk festgestellt. Um so stärkere Bedeutung haben dagegen formlose Preisabreden unter den einzelnen Handwerksmeistern, deren Wirkung noch stark herabgesetzt wird durch die scharfe Konkurrenz innerhalb des Handwerks. Das Ausmaß der Kostenverschönerungen ist in Einzelfällen durch den Enquete-Ausschuß einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden, wobei im allgemeinen ein steigender Anteil besonders der Lohn-

zins- und Steuerkosten an den Gesamtkosten nachgewiesen wurde. Auch die sozialen Lasten, die vielfach vom Handwerksmeister allein getragen werden müssen, haben eine außergewöhnliche Steigerung erfahren.

Der Anteil der Materialkosten war infolge seiner unterschiedlichen Bedeutung in den Handwerkszweigen nicht exakt festzustellen. Dort, wo er wesentlich ins Gewicht fällt, hat auch der genossenschaftliche Einkauf eine etwas größere Bedeutung erlangt. Betriebswirtschaftlich bedeutsam sind auch die auf organisatorische Arbeitsteilung und Arbeitsverteilung gerichteten Bestrebungen, obwohl hier der Kapitalmangel im Handwerk hemmend wirkt. Trotzdem ist die Betriebsorganisation zum Beispiel in einigen Spezialisierungen des Tischler- und Bauhandwerks schon teilweise bis zur Serienfabrikation gediehen. Andererseits hat die Zusammenlegung verwandter Berufe nicht unwesentliche Fortschritte in der Richtung gemacht, daß alte,

durch die neue Bedarfsorientierung gefährdete Handwerkszweige berufsverwandte Aufgabengruppen in einem Unternehmen vereinigen haben, z. B. das Sattler-, Tapezier-, und Polstergewerbe, das Schlosser-, Maschinenbau- und Mechanikergewerbe, das Bäcker- und Konditorengewerbe und einige andere ähnliche Gewerbe. Fast überall ist der Handwerker in starken Ausmaßen auch zum Handel übergegangen. Das Ladengeschäft hat weit über die bereits früher handeltreibenden Nahrungsmittelhandwerke Bedeutung gewonnen. Vielfach, so z. B. bei den Uhrmachern, Optikern und Buchbindern, hat es sogar den Werkstattbetrieb in den Hintergrund gedrängt. Etwa 80 Prozent aller Buchbinder unterhalten ein Waren- und Schreibwarengeschäft. Zur Zeit der Kapitalnot sind diesen Bestrebungen allerdings enge Schranken gezogen. Dort, wo sie überschritten wurden, sind Abhängigkeiten von Vorlieferanten und Kunden zu verzeichnen, in die namentlich alte, bewährte und vorwärtsstrebende Handwerksmeister geraten sind. Das alles aber sind Gegenwartsercheinungen, denen im Rahmen einer längeren Entwicklung nur eine zeitbegrenzte Bedeutung beizumessen ist.

Der Aufwertungs-zins.

Auf Grund der Aufwertungsnovelle vom 18. Juli 1930 ist es Aufgabe der Regierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat einen neuen Zinssatz festzusetzen, der für Aufwertungshypotheken nach dem 1. Januar 1932 zu zahlen ist. Bei den heutigen unübersichtlichen und schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist es einerseits nicht leicht, schon ein Jahr vorher die Zinshöhe zu regeln, andererseits ist es aber auch dringend geboten, daß möglichst bald die Allgemeinheit die Höhe der Zinsen erfährt, damit der Hauseigentümer frühzeitig die notwendigen Maßnahmen ergreifen kann, um die neuen Zinsen aufbringen zu können. Im Grundeigentum, der Zeitschrift des Zentralverbandes Preussischer Haus- und Grundbesitzer-Verweise, wird zu dieser für den Hauseigentümer so überaus wichtigen Frage Stellung genommen. Wir geben diese Ausführungen auszugsweise wieder.

„In § 1 des am 14. Juli 1930 vom Reichstag angenommenen „Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken“ wird bekanntlich bestimmt, daß die am 1. Januar 1932 nicht zurückzahlenden Aufwertungshypotheken mit „einem Hundertsatz zu verzinsen sind, den die Reichsregierung bei Inkrafttreten dieses (Aufwertungs-) Gesetzes mit Zustimmung des Reichsrates festsetzt.“ Der Zinssatz wäre also am 1. Oktober 1930, beim Inkrafttreten des Aufwertungs-schlusses, bekanntzugeben gewesen. Das Reichskabinett hat bisher dieser Bestimmung des Aufwertungs-schlusses noch nicht Rechnung getragen. Begründet wird diese Verzögerung von a u t h e n t i s c h e r Stelle mit der augenblicklichen Unübersichtlichkeit des Kapitalmarktes, insbesondere auch mit einem Hinweis auf den beabsichtigten ausländischen Leberbrückkredit (500 Millionen Reichsmark) zur Weiterführung der Reichsfinanzwirtschaft.

Was nun die Abgeltung dieser Zinserhöhung für den Eigentümer angeht, so wäre zunächst zu erwähnen, daß bei der Ausschüttung des Aufwertungs-schlusses im Reichstag Entschlüsse angenommen wurden, wonach eine Erhöhung der gesetzlichen Miete wegen der Aufwertungshypotheken Zinserhöhung nicht erfolgen, und daß die Erhöhung des Zinssatzes durch eine Senkung der Hauszinssteuer ausgeglichen werden sollte. Ueber den Wert solcher Parlamentsentschlüsse darf man sich natürlich nicht im unklaren sein. Immerhin aber geben zweifellos auch Entschlüssen der Regierung gewisse Richtungspunkte für die Ausarbeitung späterer Gesetzesvorlagen. So kann es wohl auch bei der gesetzlichen Regelung der Abgeltung des erhöhten Aufwertungs-schlusses kommen, zumal die Wünsche aus unseren Organisationskreisen auf eine Abgeltung durch entsprechende Kürzung des Hauszinssteuertells der gesetzlichen Miete hinauslaufen. Wir möchten allerdings darauf hinweisen, daß nach unseren eingeholten Erfindungen das Reichskabinett sich in diesem Punkte die freie Entscheidung vorbehalten will, weil man ja vorläufig noch nicht überlegen kann, wie sich die Dinge bis 1932 entwickeln werden, ob nämlich sich dann eine Abgeltung der Eigentümer durch Kürzung des Hauszinssteuertells der gesetzlichen Miete oder durch andere Maßnahmen

empfehlen wird. Ueber eines ist man sich allerdings auch im Reichskabinett völlig im Klaren, daß nämlich die notwendige Abgeltung für alle Hauseigentümer durch Steigerung der tatsächlichen Mieteinnahmen des Hauseigentümers, sei es durch Steigerung der gesetzlichen Miete um etwa 14 v. H. der Friedensmiete, sei es durch Abstrich des Hauszinssteuertells der gesetzlichen Miete zu Gunsten des Eigentümers um etwa 30 v. H. dieses Hauszinssteuertells der Miete (wobei die preussischen Schlüsselzahlen als Grundlage gewählt sind) herbeigeführt werden soll. Maß-

Aphorismen.

Der Ruf von einer guten Handlung geht kaum über die Schwelle, der von einer schlechten tausend Meilen weit.

Man hat niemals mehr Verstand nötig, als wenn man es mit einem Narren zu tun hat.

Das Buch des Lebens bekommt nur dann Ekelsohren, wenn man zu viel darin herumblättert.

Wie viele Worte verschwenden die Menschen doch oft, um nicht einfach Ja oder Nein sagen zu müssen.

gebend für die Abgeltung der Eigentümer wird nach dem Willen des jetzigen Reichskabinetts § 2 des Aufwertungs-schlusses über den Gelde-entwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken bleiben, wonach den Eigentümern „ferner in der Miete zur Verzinsung aufgewertete Hypotheken und des Eigenkapitals der Betrag zu belassen ist, mit dem eine vor dem 1. Januar 1918 eingetragene, nach dem Grund-satz des § 4 des Aufwertungs-schlusses vom 18. Juli 1925 aufgewertete Papiermarkhypothek zu verzinsen wäre, deren Nennbetrag dem Friedenswerte des Grundstückes entspricht... die Länder legen für diesen Betrag einen bestimmten Hundertsatz der Friedensmiete in der Miete fest.“ Es kann also, insbesondere dann, wenn das jetzige Reichskabinett am Ruder bleibt, mit Zug und Recht eine wirtschaftlich vernünftige Regelung dieser Frage erwartet werden, so daß zu irgendwelchen Besorgnissen der Hauseigentümer keinerlei Grund vorliegt. Auch mit dieser Zinsregelung und der Abgeltung der Zinsregelung wird dazu beigetragen werden, daß den Hausbesitzern eine wirtschaftlich gerechte Miete gewährt wird, denn eine wirtschaftlich gerechte Miete ist ja eben zur Erhaltung des Wohnumraumes, der immer noch rund 90 v. H. des Gesamtwohnungsbestandes ausmacht, notwendig.

Systematisches Mahnverfahren.

Vom Deutschen Handwerksinstitut, Abteilung kaufmännische Betriebswirtschaft, Bonn.

Gerade im Handwerksbetriebe ist die Zahl der Außenstände im allgemeinen sehr groß und zwar sind es überwiegend nicht solche, die auf Kreditverhandlungen mit dem Kunden beruhen, sondern unfreiwillige, die durch die schleppende Zahlungsweise vieler Kunden entstehen.

Zwar ist der Handwerker, wenn er überhaupt seine Erzeugnisse verkaufen will, oft gezwungen, auf den Eingang seines Geldes lange zu warten und damit zu der sogenannten „Vorgewirtschaft“ beizutragen, andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Mängel der Vorgewirtschaft zum Teil selbst verschuldet sind. Die frühe Ausstellung der Rechnung, die Vorsichtigkeit und Zurückhaltung in der Annahme der ausstehenden Beträge haben die Kunden vielfach daran gewöhnt, in dem Handwerksmeister einen bereitwilligen Kreditgeber zu sehen und ihn erst nach allen anderen Lieferanten zu befriedigen. Jeder Tag bedeutet einen Zinsverlust und die Schmälerung der Betriebsmittel durch die Außenstände stellt den Handwerker oft vor die Notwendigkeit, Kreditaufzunehmen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Neben beratigen Verlusten kommt noch das verstärkte Risiko in Betracht, das darin liegt, daß die Möglichkeit der Zahlungsunfähigkeit der Kunden von Tag zu Tag größer wird, weil er inzwischen eine Reihe anderer Verpflichtungen übernommen haben kann, die ihm die Zahlung seiner Schuld an den Handwerker unmöglich machen.

Eine Besserung dieser Verhältnisse ist in ziemlich weitem Maße möglich, wenn man Ordnung und System in den Zahlungsverkehr mit dem Kunden hineinträgt, sobald dieser fest das Gefühl einer sorgfältigen Überwachung seiner Schulden hat. Wenn der Kunde bereits beim Einkauf zum Ausdruck bringt, daß er den Kaufpreis ganz oder zum Teil erst später zahlen kann, so ist es, vorausgesetzt, daß er kreditwürdig ist, im beiderseitigen Interesse das Beste, gleich eine bestimmte Zahlungsweise vereinbaren. Im allgemeinen wird der Handwerksmeister für diese Kredit-

ber den Zinsen der kreditierten Summe ent-spricht. Ist es dagegen allgemein gebräuchlich, daß die Kunden erst nach längerer Zeit zahlen, so rechnet man zweckmäßigerweise gleich eine Kreditaufzinsen in den Kaufpreis ein und gewährt bei Barzahlung einen Abzug, den sogenannten Kassenskonto. Wird keine besondere Vereinbarung getroffen, so ist damit der Kunde stillschweigend zur sofortigen Zahlung verpflichtet. Erhält er die Rechnung erst nach längerer Zeit, so hat er das Empfinden, daß der Handwerksmeister mit dem Eingang der Zahlung nicht sehr eilig ist. Im allgemeinen sollte man die ganz bestimmte Regelung treffen, wie und in welchem Zeitabstand die Mahnung erfolgen soll. Diese ist Voraussetzung für ein scharfes Vorgehen unter Inanspruchnahme des Gerichtes, da erst durch die Mahnung der Schuldner „in Verzug“ gesetzt wird.

Die einfache Forderung der Rechnung gilt nicht als Mahnung. Erst wenn diese mehrmals wiederholt wird, kann sie als solche angesehen werden. Wirfamer ist die direkte Mahnung in Form eines persönlichen Briefes an den Kunden. Ein solcher Mahnbrief muß so abgefaßt sein, daß er nach Möglichkeit den ausstehenden Betrag herbeibringt, ohne den Kunden zu verärgern. Reagiert der Kunde nicht, so wiederholt man sie nach einiger Zeit in dringender Form, wobei man bemerken kann, falls der Betrag an einem bestimmten Tag nicht einläuft, ein Votum mit Quittung schicken, bzw. die geschuldete Summe durch Mahnahme erheben werde. Der einzelne Meister, der seinen Kunden kennt, muß ihn auch hinsichtlich des Mahnwesens nach seiner Eigenart behandeln. Wird jedoch bei der zweiten Mahnung irgendeine schärfere Maßnahme in Aussicht gestellt, so muß diese bei Säumnis auch unbedingt durchgeführt werden; denn durch diese Unterlassung entsteht der Eindruck, daß man es doch nicht ernst meine und damit schlägt man den Eindruck zukünftiger Mahnungen von vornherein ab. Bleiben Mahnungen in jeder Form erfolglos, so muß die Hilfe des Gerichtes in Anspruch genommen werden. Das einfachste Mittel ist der Zahlungs-

